

Die „Arbeiter“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 1,20, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar und Elsaß-Lothringen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 2,20, für das übrige Ausland M. 3,00. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 29

Die neuangelegte Konparatibilität über deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Inflationsteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Inflationsteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Besuche 1,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Besuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Arbeiter

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Profitmacher wehren sich

Arbeiter, schließt die Front!

Jeder Tag der Geldentwertung erhöht die Gefahr weiterer Preissteigerungen. Deshalb haben wir stets verlangt, daß der Reichstag sich auf seine Pflichten besinnend und sofort Maßnahmen trifft, die der Geldentwertung und den weiteren Preissteigerungen Einhalt gebieten. Daß die von der Unabhängigen Sozialdemokratie aufgestellten und von den Gewerkschaften aufgenommenen Vorschläge, die dem Reich sofort Mittel in die Hand geben und die Notenpresse stilllegen, die richtigen sind, haben gestern die Vorgänge an der Börse gezeigt. Es kam zu einem Sinken des Dollars und zu einem Sinken der Kurse für die Wertpapiere. Der Grund dafür lag in der erhöhten Börsenumsatzsteuer und in der durch die Forderungen der Gewerkschaften hervorgerufenen Furcht der Spekulanten, daß vielleicht doch etwas geschieht, um das weitere Sinken der Markt auszuhalten.

Hätte man bereits vor Wochen unseren Ratschlägen gefolgt, so hätte sich die Sprunghafte Steigerung aller Preise mit Sicherheit vermeiden lassen. Nun aber ist es allerhöchste Zeit geworden. Die Forderungen der Gewerkschaften müssen die Grundlage der Tätigkeit der sozialistischen Parteien im Parlament sein.

Die bürgerlichen Parteien wenden sich bereits gegen sie. Die „Tägliche Rundschau“ nennt sie „sinnlose Forderungen“, die lediglich von „radikalem politischen Eigensinn“ diktiert seien und nach Ansicht der maßgebenden Kreise „nicht die geringste Verhandlungsmöglichkeit“ bieten. Wehlich ist das Urteil der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Sie nennt die Forderungen „alle Schlagwerbe“. Die Beteiligung des Reiches an den Erzschmelzen, die Sozialisierung des Kohlenbergbaues usw. seien Experimente. „Richtiger wäre es, wenn man sich mit dem Reichsverband der deutschen Industrie an den Verhandlungstisch setzen und schließlich das Für und Wider der einzelnen Probleme erörtern und abwägen wolle.“

Dieser Widerstand der bürgerlichen Parteien laien und wird aber gebrochen werden, wenn die sozialistischen Parteien auf diesen Forderungen bestehen bleiben und den Kampf für sie wagen. Presseführungen anderer Blätter lassen bereits deutlich erkennen, daß es den bürgerlichen Parteien unangenehm ist, wenn die Gegensätze zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum in der Steuerfrage zum Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen würden. Es kommt also ganz auf die Haltung der Rechtssozialisten an. Auf dem Bezirksparteitag der Rechtssozialisten Mittel-Schlesiens hat Döbe erklärt:

„Schon die jetzige Reife der Reparationskommission würde entweder mit einem Zahlungsaufschub Deutschlands enden oder aber mit der Einführung der Finanzkontrolle, die uns in die Rolle der Türkei oder Ägyptens herabdrücken würde. Dann würden alle diejenigen Maßnahmen durchgeführt werden, die wir aus freiem Willen nicht getroffen haben, nur würden sie, jeden sozialen Charakters entbehrend, allein die kapitalistischen Gesichtspunkte der ausländischen Gläubiger zur Geltung bringen. Auch Zugriffe auf das Privateigentum und Sicherheitsleistungen an öffentlichen und privatem Eigentum würden kaum abzuwenden sein. Gegen diese Drohungen stellen die jetzt vorliegenden Steuervorschläge ein so unzureichendes Hilfsmittel dar, daß die Sozialdemokratie sie ablehnen muß, wenn nicht gleichzeitig der Zugriff auf die Gold- und Sachwerte erfolge. Die bisherige Belastung des deutschen Volkes durch die Kriegskosten ruhe infolge der niedrigen Valuta in erster Linie auf der Arbeiterklasse, während der Besitz sich ihm zu entziehen verstände. Da die Steuerfrage des

Volksparteilers Dr. Beder gegen die Erfassung der Sachwerte nicht anders gelaunet hätte als Erklärungen Stresemanns in den Verhandlungen zwischen den Parteiführern, sei jedes Zusammengehen mit der Volkspartei im Reiche unmöglich. Die Privatisierung der Eisenbahn sei die schärfste Herausforderung, vor allem, weil die Ausgaben für Personalwende bei der Eisenbahn seit der Vorkriegszeit nur um etwa das 15fache stiegen, während die Ausgaben für Material um das 15fache erhöht wurden, also nicht die Gehälter und Löhne, sondern der Wucher der Stahlwerke und Kohlengruben verteuere die Eisenbahnwirtschaft. Ihm müsse durch Sozialisierung der Schwerindustrie endlich ein Ende gemacht werden. Im anderen Falle sei unser Platz fortan auf den Bänken der Opposition. Mögen dann die nationalsozialistischen Elemente einmal vier Wochen lang die Probe aufs Exempel ihrer Agitationspolitik machen.“

Ebenso Meinung war bisher nicht die Meinung der rechtssozialistischen Partei. Ob das jetzt anders ist, und die rechtssozialistische Fraktion unter dem Zwange der Notwendigkeit, die Massen der Arbeiter vor der Vereinfachung zu schützen, auch den Kampf gegen die Deutsche Volkspartei führen wird, werden ja die nächsten Tage entscheiden.

Gegen die Entstaatlichung der Eisenbahnen Verhandlungen mit den Großorganisationen

Berlin, 17. November.

Ueber die Forderung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Reichseisenbahnen in privatwirtschaftliche Formen zu bringen, haben in den letzten Tagen Besprechungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Großorganisationen der Eisenbahnerpersonalen stattgefunden, die zu einer vollen Einigung führten. Besonders bedeutsam ist das unbedingte Festhalten des Personals am Reichsbesitz der Eisenbahnen und die baldige Inangriffnahme einer Neuorganisation durch gemeinsame Beratungen der Verwaltung und des Personals. Im einzelnen lauten die Vereinbarungen:

1. Die Vertreter der Großorganisationen erklären, an dem bisherigen Verhältnis des direkten Besitzes und Betriebes der Eisenbahnen durch das Reich unter allen Umständen festzuhalten.
2. Die Rechte des auf dem öffentlich-rechtlichen Dienstvertrag beruhenden Berufsbeamtenrechts, zu deren Wahrung die Reichsregierung versaffungsmäßig verpflichtet ist, gelten den Großorganisationen als unverletzlich.
3. Die Großorganisationen erklären sich bereit, an der Neuordnung der Verwaltung und des Betriebes zu raschen und dauernden Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahnen unter Voranstellung der Interessen der Allgemeinheit mitzuwirken.
4. Die Neuorganisation der Eisenbahnverwaltung wird beratend und zur geschäftsmäßigen Entscheidung durch den Minister spruchreif gemacht in einem zu gleichen Teilen aus Vertretern der Verwaltung und Vertretern der Eisenbahner-Großorganisationen zu bildenden Ausschuss. Der Ausschuss erhält die Berechtigung, Sachverständige nach eigenem Ermessen zu dieser Arbeit heranzuziehen.
5. Die Beratungen über die am 16. November von den Großorganisationen mündlich vorgetragene Gegenstände wird mit dem Bekehrungsausschuss mit aller Beschleunigung weitergeführt.

Der Dolchstoß von vorn

Das Buch des Obersten Bauer

Die nachfolgenden Betrachtungen, die uns von militärischer Seite ausgeben, beschäftigen sich mit dem neuen Buch des Obersten Bauer, das zu einer Zeit erscheint, wenn die Revolution werden sollte, in Wirklichkeit aber die spätere Darstellung der deutschen Kriegsgeschichte darstellt, die für den deutschen Soldaten, den deutschen Arbeiter, das hier sein militärisch gewürdigt wird, ergibt sich, daß die deutsche Front nicht von hinten, sondern von vorn, und zwar durch die Fronten erobert werden ist.

Die Legende vom Dolchstoß von hinten will nicht verstimmen, obwohl die unabsehbare Reihe von Publikationen über den Zusammenbruch allmählich auch die borniertesten Generalführer überzeugt haben dürfte, wo eigentlich die Schuld am unglücklichen Ausgang des Krieges liegt. Wie lächerlich der Einwand ist, daß nach einem heroischen Kampf von fast viereinhalb Jahren, in dem sich die deutsche Armee nach einem Wort von Ruhl bis ins letzte Kriegsjahr hinein glänzend gehalten hat, die Revolution der siegreichen Armee den Dolch in den Rücken gestossen und sie damit kampfunfähig gemacht habe, das müßte allmählich auch von denen eingesehen werden, die an der Legende vom Dolchstoß krampfhaft festhalten, weil sie glauben, dabei die von ihnen gemachten Fehler am besten verbergen zu können.

Es muß einmal mit der Deutlichkeit, die das nicht zur Ruhe kommende Thema erfordert, den Fehlern derjenigen nachgegangen werden, die das Heer geführt haben und denen ein Instrument in die Hand gegeben war, das in der Tüchtigkeit des gemeinen Soldaten feinesgleichen suchte. Sie haben es geführt, die Moltke, Falkenhahn und Ludendorff, über die Marnechlacht, die das Schicksal des Krieges entschied, nach Verdun, wo die edelsten Regimenter der deutschen Armee sich einem Phantom zuliebe verbluten mußten, und schließlich in dem Zusammenbruch. Die ungeheuren Fehler der Obersten Heeresleitung, auf die noch nirgends mit dem gebührenden Nachdruck der Finger gelegt worden ist, diese Fehler, begangen aus Unfähigkeit der berufenen Führer, sind so groß und für den Verlauf des Krieges so verhängnisvoll geworden, daß man endlich einmal den Spiegel umdrehen und von dem Dolchstoß von vorne sprechen muß.

Diese Behauptung ergibt sich wie von selbst bei der Lektüre des Buches des Obersten Bauer (Der große Krieg, in Feld und Heimat, Erinnerungen und Betrachtungen, Eisenbergische Buchhandlung, Tübingen 1921). Bauer, der absolute Vertreter eines durch keine demokratischen Umwandlungen angekränkelten Militarismus, hat den weisehenden Obersten Heeresleitungen von Anfang des Krieges bis zum Sturz Ludendorffs angehört. Und dieser neben Ludendorff rücksichtslosste Vertreter des militärischen Systems ist ein klassischer Kronzeuge für die Fehler, die von diesen Heeresleitungen gemacht worden sind. Oberst Bauer hält mit diesen Fehlern, die schrecklich entsetzenden waren, nicht zurück, und es ist sein größter Vorzug, daß er, soweit es sich um das Vergehen der D. H. L. handelt, die Dinge vielfach beim rechten Namen nennt. Daß er aus dem von ihm gebrandmarkten Vergehen der D. H. L. schließlich nicht die Folgerungen zieht, die er ziehen müßte, steht auf einem anderen Blatt. Doch das zu beurteilen, ist Sache des Politikers.

Es geht aus dem Buche, wie aus allem, was seit dem Ende des Krieges bekannt geworden ist, mit unabweislicher Sicherheit hervor, daß von den beiden militärischen Faktoren, die den Sieg zu erlangen hatten: Oberste Führung und Armee, die oberste Führung in schwerwiegender Weise an den entscheidenden Stellen versagt hat. Sie hat durch ihre grundlegenden operativen und strategischen Irrtümer die Ausichten auf den Sieg, wenn sie je bestanden haben, im Keim zerstört und die sich im Verlaufe eines vierjährigen Krieges bietenden Gelegenheiten zur Zerstörung der gegnerischen Heereskräfte im Sinne Schlieffens nicht ausgenutzt.

Bei den militärischen Sachverständigen besteht kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß der Plan Schlieffens trotz der veränderten politisch-militärischen Verhältnisse immer noch die einzige Möglichkeit zur raschen Niederwerfung Frankreichs war. Er wurde denn auch von Moltke zur Grundlage seiner Operationen gemacht. Es kam zur Marnelatastrophe, die als die Katastrophe des Krieges bezeichnet werden kann, nicht, weil im entscheidenden Moment die drei Armeekorps, mit denen Ludendorff 1913 nicht durchgedrungen war, gefehlt hätten, sondern weil die vorhabenden, durchaus ausreichenden Kräfte nicht an der für die Entscheidung maßgebenden Stelle eingesetzt wurden. Moltke verzeitelte Kräfte und Angriffe an Stellen, die operative keine Auswirkung ermöglichen konnten, sah mit der D. H. L. in Luxemburg und fand nicht die Kraft zur klaren Entscheidung. Am linken Flügel lagen die Kräfte fest, die man am rechten notwendig brauchte.

„Es wurde an der Mosel weitergekämpft und mit dem Angriff gegen Loos und Moselle nie aufhört. Die praktischen Korps kämpften noch mehr zusammen, und der rechte Flügel bekam keine Verstärkung. Es hat sich bitter gerächt! Es war die erste schwere Enttäuschung in diesem Kriege; man sah ein Unheil kommen, und alle Versuche, es abzuwenden, scheiterten an der Unentscheidbarkeit Moltkes und seiner Berater.“

Man kann Bauer zustimmen, wenn er die Ursachen der Marnelatastrophe auf die Formel bringt:

Kein Aufschub der Zahlungen

Die Forderungen der Reparationskommission

Was wir neulich bereits als wahrscheinlich hingestellt haben, wird jetzt durch Pariser Mitteilungen bestätigt: Die Reparationskommission hat der deutschen Regierung erklärt, daß die Untersuchungen über die wirtschaftlichen und Finanzverhältnisse Deutschlands erwiesen haben, daß Deutschland die Januarrate ohne Abzug zahlen könne. Die deutsche Industrie müsse der Regierung durch Herausgabe der fremden Devisen, die sich im Besitz der Großindustrie befinden, zu Hilfe kommen. Die Großindustrie hätte sich zu entscheiden, ob sie diese Hilfe aus eigenem Willen leisten wolle, oder ob sie es vorziehe, durch den Druck der Alliierten und die von der Regierung vorgeschlagene Beschlagnahme des Privatbesitzes gezwungen zu werden.

Gestern haben außerdem beim Reichskanzler Besprechungen der an der Reparationsfrage beteiligten Ressorts stattgefunden. Die Verhandlungen sind jedoch noch immer nicht bis zu einem Abschluß gediehen. Auch sollen noch Besprechungen mit der Industrie über die Kreditaktion stattgefunden haben, ebenso eine Sitzung zwischen den Spitzenverbänden der Gewerkschaften und den Vertretern der Arbeitgeberverbände. Ueber ihr Ergebnis ist noch nichts bekannt.

Alle diese Verhandlungen dürfen die sofort notwendigen Maßnahmen nicht aufhalten. Man erwartet deshalb vom Reichskanzler, der

in der heutigen Sitzung des Steuerausschusses wahrscheinlich das Wort ergreifen dürfte, daß er jetzt nochmals mit aller Deutlichkeit die Absichten der Regierung darlegt. Unklarheiten sind ebenso schädlich, wie eine Verzögerung. Die Arbeiterschaft hat ihre von dem Interesse der Allgemeinheit diktierten Forderungen erhoben und besteht auf ihnen.

Vertrauensvotum für Braun

Der Preussische Landtag trat gestern, nachdem er sich von den Strapazen der Regierungsbildung erholt hatte, erneut zusammen. Neben der Erledigung verschiedener kleinerer Vorlagen wurde die Abstimmung über das Vertrauensvotum für das neugebildete Kabinett Braun vorgenommen. Die Abstimmung war namenhaft. Es wurden insgesamt 297 Stimmen abgegeben, 198 Stimmen lauteten auf ja, 99 Stimmen auf nein. Die Nichtantragsfraktion der Deutschnationalen und der Unabhängigen Fraktion waren damit erledigt. Die Koalitionsparteien waren mit dem Ergebnis der Abstimmung nicht gerade zufrieden. Die Deutschnationalen waren nahezu vollständig erschienen. Von den Koalitionsparteien fehlten hingegen sehr viel Abgeordnete, insbesondere waren die Reihen der rechtssozialistischen Fraktion stark gelichtet. Ob das Fehlen dieser Abgeordneten auf einen Zufall zurückzuführen ist oder ob es sich um bewußtes Fernbleiben handelt, wird nicht gut festzustellen sein. Die Koalitionsparteien hatten jedenfalls mit einer viel stärkeren Mehrheit gerechnet.

Die Hauptschuld liegt an dem Verlassen des Schließenden Planes. Er verlangte, daß der linke Heeresflügel demselben blieb, daß der rechte möglichst stark gemacht wurde und ihm starke Reserve rechts gestellst folgten. Statt des Schließenden Planes hätte man nun von der „Doppelten Umfassung“ geträumt, hätte demgemäß auch den linken Heeresflügel angreifen lassen. Das letztere mißglückte unter schweren Verlusten, und der Erfolg war somit nur der, daß der rechte Heeresflügel nicht verstärkt werden konnte. Hinzukam auch, daß zwei nach dem Fall Kamurs freigewordene Armeekorps, von Ludendorff gar nicht verlangt, nach dem Osten gingen, statt auf dem rechten Flügel zu folgen. Es entfiel die D. S. L. nicht, daß die betreffenden Armeen damals die Abgabe der Korps nach dem Osten für zulässig hielten. Die Armee konnte die Gesamtanlage nicht überleben. Die Korps kamen für Tannenberg zu spät, im Westen fehlten sie entscheidend. . . . Die Panik ergriff das ganze Heer. Am schlimmsten aber sah es bei der D. S. L. aus. Wolke war völlig zusammengebrochen. Er sah bleich vor der Karte, apathisch, — ein drohender Mann.“

Die Marne Niederlage, verschuldet durch die militärische Führung, wurde zum entscheidenden Wendepunkt des ganzen Krieges. Das hebt auch der General Baumgarten-Crusius hervor, der in einer Untersuchung über die Marne Schlacht schreibt:

Für uns Deutsche ist durch den Ausgang der Marne Schlacht die stolze Hoffnung vernichtet worden, welche den deutschen Soldaten seit 1871 zu nie rastender Arbeit angespornt hatte. Es war infolge der Marne Schlacht nicht gelungen, das Feldherren der Weltmächte vernichtend zu schlagen, ehe das russische Weisheit wurde. Damit war der Weltkrieg für die Mittelmächte tatsächlich verloren. Daran vermochte der heldenhafte vierjährige Widerstand des deutschen Volksheeres und seiner Verbündeten nichts mehr zu ändern, trotz aller Waffen- und Landeroberungen.

Es folgt die Vera Falkenhahn, es folgte der Fall Antwerpens, bei dem die belgische Armee erlitt, es folgte die Operation, wo die neugebildete Armee der Kriegsfreiwilligen — junge, unerfahrene, norddeutsch ausgebildete Truppen — sich nutzlos verblutete, jene ins Blaue hinein unternommenen Angriffe, die, „nicht genügend artilleristisch vorbereitet und von den unerfahrenen Truppen unangemessen ausgeführt, die entsetzlichsten Blutopfer kosteten.“ Es folgte Gorlice-Tarnow, jene von dem österreichischen obersten Heerführer Conrad von Höhendorf erzwungene Operation, die nicht voll ausgewertet wurde und infolgedessen nicht zur Vernichtung des russischen Heeres führte, es folgte Verdun, wo die Blüte der deutschen Armee und die besten Elite-Korps in monatelangem zwecklosen und als zwecklos erkannten Ringen geopfert wurden: leichten Endes strategisch-taktische Fehler der D. S. L., deren Operationen, zum Teil falsch angelegt, nirgend den Stempel einer großen einheitlichen Idee trugen.

Mit der Berufung Hindenburg-Ludendorffs — es ist sehr interessant zu lesen, wo diese Berufung einer Rebellion der jüngeren Mitglieder der D. S. L. gegen die älteren entsprang — ist natürlich der Oberst Bauer, den getreuen Adlatus Ludendorffs, alles in Butter. Den militärisch-strategischen Fehlern Ludendorffs, die Oberst Bauer nicht sieht, hier nachzugehen, ist nicht der Ort. Die Heimat gab den vergötterten Leitern der D. S. L. nach einem Wort Weismanns in seinem soeben erschienenen Buch jedenfalls alles, was sie verlangten, und Ludendorff war nicht der Mann, nicht den rückwärtslosesten Gebrauch zu machen von den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln. Gerade der Umstand, daß die D. S. L. noch bis in den Sommer des Jahres 1918 an den Sieg glaubte, beweist ja, daß ihren Forderungen durchaus Genüge geschehen war.

Rein, wenn irgendwo, so ist aus dem Buche des Obersten Bauer zu ersehen, daß der starre, seelenlose Militarismus, der nichts als die militärischen Faktoren sieht, schließlich verlagert hat und versagen mußte vor der Gewalt der menschlichen Imponderabilien, die jahrelang niedergedrückt, aller Dreistur zum Trotz, schließlich doch nicht zuließen, daß Menschen zu Maschinen wurden. Man sah nicht und wollte nicht sehen, daß Bulgarien und Oesterreich, wo die Armee, zerklüftet, zerstückt und ausgehungert, schon seit Monaten dem Zusammenbruch nahe war, fallreif waren, und es ging Ludendorff und seinen Helfershelfern schließlich wie jenem Bauern, der seiner Kuh das Fressen abgewöhnen wollte. Als er sie soweit hatte, fiel sie um und war tot.

Es zeigt den ganzen politischen Dilettantismus des Obersten Bauer, dem schon deshalb fähige Kameraden der D. S. L. verdächtig sind, weil sie „demokratische“ Anwandlungen haben, wenn er den Defaitismus der Politiker und schließlich die Revolution verantwortlich machen will für den Ausgang eines Krieges, der allen militärischen Fehlern zum Trotz nur so lange dauern konnte, weil Armee und Heimat weit über Menschenmaß hinaus standhielten, standhielten bis zu jenem psychologisch entscheidenden Moment, wo Ludendorff durch die militärischen Schläge, die er erhielt, plötzlich selber am Siege verzweifelte und von heute auf morgen den Frieden verlangte. Da brach zusammen, was längst schon auf tönernen Füßen stand. Wessen Schuld? Die Schuld der D. S. L.

Die Wahlen in Sachsen

Frauenstimmrecht und Reaktion

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Sachsen wurde in Leipzig von männlichen und weiblichen Wählern getrennt abgestimmt. Stimmberechtigt waren insgesamt 191 522 männliche und 231 281 weibliche Wähler, zusammen also 422 803. Abgegeben wurden 340 267 Stimmen, davon waren 870 ungültig. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 80,3 Prozent. Es erhielten Stimmen:

	Männer	Frauen	Zusammen
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	54 708	60 025	114 733
Sozialdemokratische Partei	13 911	12 522	26 433
Kommunistische Partei	16 820	14 026	30 846
Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste	58 000	76 019	134 019
Demokratische Partei	13 416	15 970	29 386
Rechtssozialistische Partei	2 022	1 961	3 983

Nach diesem Resultat erhielten die sozialistischen Parteien insgesamt 172 012 Stimmen, die bürgerlichen Parteien 167 388 Stimmen. Für die sozialistischen Parteien wurden 86 573 weibliche und 85 439 männliche Stimmen abgegeben. Die bürgerlichen Parteien hingegen erhielten 93 850 weibliche und 73 438 männliche Stimmen. Im allgemeinen muß es auffällig wirken, daß in Leipzig bedeutend mehr weibliche als männliche Wähler vorhanden sind. Daraus erklärt es sich, daß auch für die sozialistischen Parteien mehr Frauen als Männer stimmten. Den Löwenanteil der Frauenstimmen heimstehen freilich die bürgerlichen Parteien ein, in erster Linie stimmten die Frauen für die „Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste“, auf die sich der Mißmach aller Leipziger Reaktionäre vereinigte.

In Prozenten ausgedrückt, sind für die sozialistischen Parteien 50,32 Prozent weibliche und 49,68 Prozent männliche

Stimmen abgegeben worden, für die bürgerlichen Parteien 56,13 Prozent weibliche und 43,97 Prozent männliche Stimmen. Betrachten wir die Gesamtzahl der Wahlberechtigten mit der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, so ergibt sich weiter, daß das politische Interesse der Frauen an den Wahlen geringer ist, als das der Männer, denn es haben etwa 78 Prozent Frauen und 83 Prozent Männer von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Die abgegebenen weiblichen Gesamtstimmen verteilen sich proportional so, daß auf die bürgerlichen Parteien 52 Prozent und auf die sozialistischen Parteien 48 Prozent entfallen.

Wenn also in Leipzig die bürgerlichen Parteien, insbesondere die Rechtsparteien, stark angewachsen sind, so verdanken sie diesen Zuwachs in erster Linie den Frauen. Weibliche Feststellungen wurden auch schon bei früheren Wahlen in anderen Orten gemacht. Für die politische Agitation ist diese Feststellung höchst wertvoll; sie zeigt unseren Genossen, daß die Frauenbewegung nicht vernachlässigt werden darf. Daß sich heute die Frauen am stärksten zu den bürgerlichen Parteien hingezogen fühlen, die die Gleichberechtigung am schärfsten bekämpft haben, ist lediglich auf den Mangel an politischer Aufklärung zurückzuführen.

Bürgerliche Wählerarbeit in Sachsen

Der Mißtrauensantrag abgelehnt

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Dresden, 17. November.

In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages kam der Mißtrauensantrag der bürgerlichen Parteien gegen die unabhängigen Mitglieder der sächsischen Regierung, die Genossen Lipinski, Fleißner und Gaeckel, zur Verhandlung. Der Antrag wurde von dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Seidler begründet. Die Interessen der Gesamtbevölkerung (soll heißen: die bürgerlichen Interessen) seien nicht gewahrt worden, im Gegenteil habe man die bürgerlichen Gefühle verletzt. Die Befehle der beiden wichtigsten Ministerposten durch die Herren Lipinski und Fleißner seien eine Kampfanzeige an das Bürgerium.

Genosse Lipinski erklärte: Das Mißtrauensvotum ist nicht mehr als ein papiererner Protest, auf den er nicht einzugehen brauche. Es sei festgestellt, daß die konterrevolutionäre Organisation, die er aufgedeckt habe, mit der Orzech-Organisation in München und mit dem Verbrechen an Erzberger in Verbindung stehe. Es ist ferner festgestellt, daß in einer Leipziger Organisation die Namen der Mörder früher genannt worden sind, als sie bekannt waren. Die moralische Entrüstung der Bürgerlichen sei angesichts dieser Tatsachen ein Beweis, daß er, Lipinski, seine Pflicht getan habe.

In der Aussprache erklärte der sozialdemokratische Redner, der bürgerliche Antrag bezwecke lediglich, eine andere Koalition zu schaffen. Das lehne seine Fraktion ab. Der kommunistische Redner betonte, die deutschen Arbeiter hätten gegenwärtig ein Interesse daran, eine Regierung, wie die Bürgerlichen sie erziehen, auf alle Fälle zu verhindern. In seinem Schlusswort gab der deutschnationalen Redner seiner Entrüstung Ausdruck über das Verhalten der Rechtssozialisten. Die Situationskoalition in Preußen habe demnach auch bei den sächsischen bürgerlichen Parteien schon Hoffnungen erweckt. Schließlich wurde der bürgerliche Mißtrauensantrag mit 47 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

Reaktionäre Spektakelmacher

Reaktionäre Vorstöße im Braunschweigischen Landtag

Braunschweig, 17. November.

In der heutigen Sitzung der Landesversammlung kam es abermals zu tumultuarischen Ausbrüchen. Abg. Erdmann (Soz.) nahm das Ministerium gegen die Angriffe der Rechten in Schutz und sprach den Ministern das vollste Vertrauen seiner Fraktion aus. Minister Steindorfer verlangte, daß die von der Rechten gegen das Ministerium erhobenen Verdächtigungen auch bewiesen würden. Abg. Koloff (Landeswahlverband) erklärte, er stehe mit seiner ganzen Fraktion hinter den Ausführungen des Abgeordneten Blahus. Redner richtete unter großer Unruhe des Hauses neue Angriffe gegen die Minister, worauf Minister Lerter, der von dem Redner wiederholt der Unwahrheit geziehen worden war, in einer temperamentvollen Rede erwiderte, die er mit heftigen Worten gegen den Abgeordneten Koloff schloß. Abg. Kötter (Demokrat) beantragte Schließung der Sitzung und sofortigen Zusammentritt des Aeltestenausschusses, um den Zustand im Landtag endlich ein Ziel zu setzen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Fronde der bayerischen Reichswehr

Die Offiziere verhöhnen den Eid

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 17. November.

Die „Münchener Morgenpost“ meldet: Vor einiger Zeit fand in Grafenwöhr eine Truppenchau der bayerischen Reichswehr statt. Dabei hielt Reichswehrminister Seher an die verammelten Offiziere eine Ansprache, in der er sie darauf aufmerksam machte, daß sie der Republik den Eid geleistet hätten, und daß sie daher verpflichtet wären, die Republik zu schützen. Bei dieser Stelle der Rede Sehers brachen die Offiziere in ein schallendes Gelächter aus. Seher unterbrach sofort seine Rede, ließ sich aber durch den begleitenden Offizier dazu belagen, am anderen Tag den Vorbeimarsch der Truppen abzunehmen. Verschiedene Offiziere erhielten dann den Befehl, daß die Truppen beim Vorbeimarsch nicht den Reichswehrminister, sondern den ihn begleitenden Offizier anzubilden hätten, was denn auch geschah. Im Zusammenhang damit scheint es zu stehen, daß der Führer des Wehrkreiskommandos 7 in München, General Mühl, nach Berlin gerufen wurde, daß aber der hohe Herr auf die Berliner Einladung nicht reagierte, und als ihm die Nachricht des Befehls wurde, in Berlin zu erscheinen, die Antwort gab, er komme nicht, weil man ihm mitgeteilt habe, daß man ihn in Berlin verhaften wolle.

Das Reichswehrministerium muß sich zu diesem unerhörten Vorgang sofort äußern. Er zeigt uns wieder einmal so recht deutlich, daß die Reichswehr, die die Republik schützen soll, der gefährlichste Feind der Republik ist.

U.S.P.D. und Internationale

Das Zentralkomitee der U.S.P.D. hat in seiner Sitzung vom 15. November den Bericht des Genossen Ledebour über seine Tätigkeit als Delegierter zum Kongress der französischen Sozialistischen Partei in Paris entgegengenommen.

Das Zentralkomitee billigte einstimmig das Verhalten des Genossen Ledebour in Paris. Insbesondere gab es seine Zustimmung zu Ledebours Vorschlag, durch das Wiener Bureau der

U.S.P.D. Verhandlungen eröffnen zu lassen zur Durchführung gemeinsamer internationaler Aktionen des Proletariats, um durch solche Kämpfe eine wirklich allumfassende aktionsfähige Internationale anzubahnen.

Der Hungerstreik in Lichtenburg

Wir haben in der gestrigen Abendausgabe bereits darüber berichtet, daß die politischen Gefangenen in der Strafanstalt Lichtenburg bei Torgau in den Hungerstreik getreten sind, weil sie die Qualen der Haft nicht mehr ertragen können. Es handelt sich um ungefähr 100 Gefangene, die wegen der Beteiligung an den Kämpfen in Mitteldeutschland zu mehr oder minder schweren Freiheitsstrafen verurteilt worden sind.

Die Leitung der Strafanstalt hat, wie gemeldet wird, die Gefangenen sofort von jeder Arbeit entbunden und eine laufende ärztliche Kontrolle angeordnet, um im Falle der Gefahr sofort eingreifen zu können. Eine zwangsweise Ernährung ist bisher noch nicht angeordnet worden, jedoch haben sich schon bei einigen Gefangenen erhebliche Schwächezustände bemerkbar gemacht. Der Direktor der Strafanstalt hat den Justizminister von den Vorgängen in Kenntnis gesetzt und um Verhaltensmaßregeln gebeten.

Gestern abend sprachen einige unabhängige und kommunistische Landtagsabgeordnete beim preussischen Justizminister Am Jendhoff vor und verlangten die vorläufige Entlassung der Haftunfähigen. Der Minister schützte Kompetenzfragen vor und verwies darauf, daß er den Generalkassensanwalt zum Bericht aufgefordert habe. Die Abgeordneten hingegen verlangten, daß sofort gehandelt werden müsse. Der Minister versprach, sich noch am Abend mit dem Direktor der Anstalt telefonisch in Verbindung zu setzen.

Der kommunistische Abgeordnete Kay, der vom preussischen Justizminister schon am Dienstag die Erlaubnis bekommen hatte, nach Lichtenburg zu fahren und mit den Gefangenen zu verhandeln, ist am Mittwoch dort eingetroffen. Die Hungernden erklärten ihm, daß sie keine Nahrung zu sich nehmen würden, da die Regierung anscheinend nicht gewillt sei, eine Amnestie für ihre politischen Vergehen zu erlassen. Da die Angehörigen der Rechtsparteien, insbesondere die Kappisten, vor jeder Strafverfolgung geschützt seien, bliebe ihnen als Protest kein anderes Mittel, als der Hungerstreik.

Die Konferenz von Washington

Die Bedingungen Chinas

Paris, 17. November.

Der Sonderberichterstatter von Havas in Washington gibt eine Analyse der Erklärung des chinesischen Delegierten über das Problem des Fernen Ostens. Er habe der zuständigen Kommission erklärt, daß China folgende Bedingungen stelle:

1. Die Mächte verpflichten sich, die territoriale und politische Integrität sowie die administrative Unabhängigkeit der chinesischen Republik zu respektieren; China seinerseits ist bereit, die Verpflichtung zu übernehmen, keine Gebiete zu veräußern oder zu verpachten, und diese Bestimmung auch auf die Küste auszuweiten.
2. China erkennt den Grundsatz der offenen Tür an; es ist bereit, diesen Grundsatz auf alle Teile der chinesischen Republik ausnahmslos anzuwenden.

Amerika und Japan

Washington, 17. November. (Havas.)

In der heutigen nichtöffentlichen Sitzung begnügte sich Hughes mit allgemeinen Darlegungen über die Notwendigkeit, jeden Grund zu einem Konflikt, der besonders im Fernen Osten besteht, zu beseitigen, nachdem man es unternommen habe, eine Flottenrüstungsstillepause einzutreten zu lassen. Er empfahl die Wiederaufrichtung Chinas mit seiner alten Zivilisation und seiner Arbeitskraft. Dann rühmte er Japan und seine erstaunlichen Fortschritte und wies auf die Notwendigkeit hin, im Fernen Osten den Grundsatz der offenen Tür aufzustellen. Er erklärte jedoch an, daß Japan sich an der Schwelle Chinas befindet und sich andeuten zu wollen, daß er geneigt sei, Japan eine Art Sonderstellung einzuräumen, ungefragt wie die, welche in dem im Abkommen Langkang-Tschi festgelegten Rechten enthalten ist. Amerika hat außer diesen Allgemeinheiten kein Programm aufgestellt. Die chinesische Delegation übernahm es, ihre Anträge als Grundlage für die Debatte vorzulegen.

Schwerer Straßenbahnzusammenstoß

Berlin, 17. November.

Heute abend gegen 7¼ Uhr erfolgte vor dem Hause Leipziger Straße 117 ein Zusammenstoß zwischen einem Reaktionibus und einem Straßenbahnwagen der Linie 76. Dabei wurden fünf Personen verletzt und zwar erlitten 1. Franz Polke, Charlottenburg, Schüllerstr. 42, Verwundungen, 2. Fritz Schneider, Köpenick, 48, Schulterverletzungen und Handverletzungen, 3. Käthe Spallmann, Eichhornstr. 9, eine Gehirnerschütterung, 4. Betty Wöhner, Invalidenstr. 18, einen Nervenschlag, 5. Herbert Schneider, eine Verletzung der linken Schulter. Sämtliche Verletzte begaben sich zur Rettungstelle 14 in der Kronenstraße, wo ihnen die ersten Verbände angelegt wurden. Die Schuld an dem Zusammenstoß soll den Straßenbahnführer treffen, da er auf dem Omnibus von hinten aufgefahren ist. Der Reaktionibus wurde derart beschädigt, daß er liegen bleiben mußte, der Straßenbahnwagen mußte abgeschleppt werden.

Kleine Nachrichten

Eine Fälschung der „Roten Fahne“. Das Zentralorgan der U.S.P.D. fordert täglich zweimal die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats. Das Blatt glaubt offenbar schneller zu diesem Ziele zu kommen, wenn es eben so oft die dümmsten Lügen über die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie verbreitet. So berichtet die „Rote Fahne“ in ihrer letzten Abendausgabe, wir hätten in unserem Leitartikel vom Mittwoch geschrieben: „Die Arbeiter haben das Vertrauen zur planmäßigen Arbeit verloren.“ In Wirklichkeit war bei uns von jenen Elementen die Rede, die sich in Neulöwen zu sinnlosen Wänderungen hinreihen lassen, und von ihnen wurde gesagt: „Sie haben das Vertrauen zu planmäßiger Arbeit verloren und glauben durch planlose Zerstörung mehr für sich erreichen zu können.“ Man merkt sofort, worauf es dem Fälscher in der „Roten Fahne“ ankommt. Es soll der Eindruck erweckt werden, als ob die Arbeiter insgesamt kein Vertrauen mehr zu ihren Organisationen hätten und als ob auch wir die kommunistisch-individualistische Hecke gegen die Leiter der Organisationen unterliefen. Mit Lügen und Fälschungen dieser Art wird die „Rote Fahne“ nicht erreichen, daß man ihre Parole von der Einheitsfront ernst nimmt!

Die Dresdener Stadtverordnetenwahl. Das amtliche Ergebnis der Dresdener Stadtverordnetenwahl liegt nunmehr vor. Danach erhalten die Bürgerlichen 42 und die Sozialisten und Kommunisten ebenfalls 42 Sitze.

Der bisherige amerikanische Kommissar Ellis Loring Dreif ist zum internationalen Geschichtsträger der Vereinigten Staaten von Amerika bestellt worden und hat die Leitung der Volkshaus übernommen.

Was ist

Von Artur Crispian

(II.)

Die Politik der rechtssozialistisch-kapitalistischen Regierung Müller-Roch war für das Proletariat nicht minder fruchtlos wie die der Bauer-Roske. Das Bielefelder Abkommen, die acht Punkte der Arbeiterorganisationen zur Sicherung der proletarischen Märzerrungenschaften, blieben auf dem Papier stehen. Weder die Regierung noch die bürgerlichen Parteien lösten ihre Versprechungen ein.

Enttäuscht und erbittert wandten sich dann immer mehr Proletarier von der rechtssozialistischen Koalitionspolitik ab. Immer stärker wurde auch der Unwille rechtssozialistischer Mitglieder gegen die Führer ihrer Partei. Bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 erhielten die Rechtssozialisten die Quittung. Ihre Wählerstimmen waren von 10,3 Millionen im Jahre 1919 auf 5,6 Millionen zurückgegangen. Der Regierungsbund — Rechtssozialisten, Zentrum und Demokraten — büßte insgesamt 8 Millionen Stimmen ein; er hatte nur noch 12,5 Millionen Wähler für sich gewonnen, gegen 20,5 Millionen im Jahre 1919. Die rechtssozialistisch-kapitalistische Bürgerfriedens- und Koalitionspolitik hatte die Arbeiterbewegung geschwächt, die reaktionäre Bewegung gestärkt. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei hatten 3,3 Millionen Stimmen gewonnen. Sie erhielten 7,3 Millionen Stimmen, gegen 4 Millionen im Jahre 1919.

Die Rechtssozialisten standen niedergeschmettert vor den Folgen ihrer Taten. Den einzigen Weg zur Fortführung der Revolution, die Rückkehr zum Klassenkampf Schulter an Schulter mit dem revolutionären Proletariat, fanden sie auch jetzt nicht. Dr. David behielt wieder recht: nach dem 4. August 1914 gab es für die Rechtssozialisten kein Zurück mehr aus ihrer Bürgerfriedenspolitik.

Die Rechtssozialisten beschloßen nunmehr, sich auf einige Zeit nicht direkt an der Regierung zu beteiligen, um als scheinbare Oppositionspartei ihr bei dem Proletariat verlorengegangenes Ansehen wiederzuerlangen. Um fern der Luftstree der dem Klassenkampf treugebliebenen Unabhängigen Sozialdemokratie zu hindern — die U. S. P. D. hatte ihre Stimmzahl von 2,2 Millionen im Jahre 1919 auf 4,9 Millionen im Jahre 1920 erhöht — führten die Rechtssozialisten ein sorgfältig ausgeklügeltes Manöver aus. Sie, die bereits entflohen waren, einstweilen unter keinen Umständen in die Regierung einzutreten, richteten trotzdem an die Unabhängigen die Anfrage, ob sie bereit wären, durch ihren Eintritt in eine Koalitionsregierung mit den Rechtssozialisten die Regierung nach links zu verstärken. Wohl gemerkt: die Rechtssozialisten wollten sich erstens überhaupt nicht an der Regierung beteiligen, sie wußten ferner, daß weder das Zentrum noch die Demokraten bereit waren, die Unabhängigen in die Regierung aufzunehmen, daß also die Unabhängigen gar nicht hätten in die Regierung eintreten können, selbst wenn sie dazu bereit gewesen wären. Endlich aber hatten die Rechtssozialisten von vornherein mit der Bildung einer Regierung der bürgerlichen Rechtsparteien gerechnet, ja eine solche Regierung war den Rechtssozialisten, wie sie selbst sagten, sogar erwünscht. Alle diese Dinge wurden durch die Veröffentlichung jenes Geheimzirkulars der Rechtssozialisten vom 9. Juni 1920 aufgedeckt. Das ganze demagogische Manöver der Rechtssozialisten hatte den Zweck, den Arbeitern vorzutäuschen, daß nicht die Rechtssozialisten, sondern daß die Unabhängigen eine kapitalistische Rechtsregierung verschuldet hätten.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten antworteten den Rechtssozialisten, daß sie nicht in eine Regierung eintreten könnten, die sich die Wiederaufrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziel gesetzt hat und die zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neu belebt und stärkt, wie das die bisherige Koalitionsregierung getan habe. Das Erstarken der Reaktion, wie es bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen sei, sei nur die Folge der rechtssozialistischen Kompromisspolitik mit den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse. Die Reaktion könne nicht bekämpft werden durch die Fortsetzung der das Proletariat verwirrenden und spaltenden Koalitionspolitik, sondern nur durch eine grundsätzliche, klare und konsequente sozialistische Politik, die die Besitzergreifung der politischen Macht des Proletariats und dessen Herrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus erstrebe. Für die Unabhängigen Sozialdemokratie käme nur eine sozialistische Regierung in Betracht.

Die Rechtssozialisten dachten nicht daran, die Frage einer sozialistischen Regierung mit den Unabhängigen auch nur zu erörtern. Die Rechtssozialisten leisteten der Reaktion weiter Vorschub und spielten die Regierungsgewalt den kapitalistischen Parteien in die Hände. So kam die Regierung Fehrenbach-Simons zustande.

Die Regierung Fehrenbach-Simons wirtschaftete rasch ab. Außenpolitisch vermochte sie nicht die Fragen der Erfüllung des Friedensvertrages zu lösen, innenpolitisch stand sie in Gegnerschaft gegen alle sozialistischen Bestrebungen. Nach dem Entschluß des Ultimatus der Entente ließen Fehrenbach-Simons einfach davon.

Wieder stand die Frage der Regierungsbildung auf der Tagesordnung. Wieder richteten die Rechtssozialisten die Frage an die Unabhängigen Sozialdemokraten, ob sie bereit wären, mit den Rechtssozialisten und dem Zentrum eine Regierung zu bilden. Dabei wußten die Rechtssozialisten, daß das Zentrum ohne die Demokraten nicht einmal mit den Rechtssozialisten eine Regierung bilden wollten, ganz zu schweigen von den Unabhängigen. Die Demokraten stellten von Beginn an das Verlangen, daß neben dem Zentrum und den Rechtssozialisten nicht etwa die Unabhängigen, sondern die Deutsche Volkspartei in der Regierung vertreten sein müßte.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten lehnten es erneut ab, mit kapitalistischen Parteien eine Koalitionsregierung zu bilden. Sie erklärten sich abermals dazu bereit, eine sozialistische Regierung zustande bringen zu helfen und über die Hinzuziehung der freien Gewerkschaften sowie der auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Angestellten- und Beamtenorganisationen zu beraten. Die Rechtssozialisten hielten noch nicht die Antwort der Unabhängigen in ihren Händen, da hatten sie schon beschlossen, mit dem Zentrum eine Regierung zu bilden. Die Frage der Rechtssozialisten an die Unabhängigen war nur eine Geste gewesen. Das Zentrum zog die Demokraten nach. Die Demokraten bemühten sich um die Deutsche Volkspartei. Mit welchem Er-

folg, das stellte sich später auf dem Görlicher Parteitag der Rechtssozialisten heraus.

Dr. David hatte wiederum recht behalten: Die Rechtssozialisten fanden auch diesmal nicht den Weg zum Klassenkampf; sie lehnten abermals in die Arme ihrer alten Bürgerfriedensfreunde zurück.

Und der Erfolg der von den Rechtssozialisten immer wieder hartnäckig betriebenen Koalitionspolitik? Kein anderer als Scheidemann selbst fällt, wenn auch ungewollt, ein geradezu vernichtendes Urteil über die Politik seiner eigenen Partei. Scheidemann stellte in einem Leitartikel in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ vom 2. Juli 1921 fest: Die Pressefreiheit ist von der reaktionären Presse zu einer Pressefreiheit und Verleumdungsfreiheit entwickelt worden, der gegenüber die Republik und die ihr treu ergebenden Staatsbürger nahezu schutzlos sind. Die Ergebnisse auf dem Gebiet des „Rechts“ schreien direkt zum Himmel. Kein Haus der neuen Zeit in den Gerichtssälen! Finsterste Reaktion in der Verwaltung. Und im Reichsheer ist der Aeh-Aeh-Ton und das sonstige Gehabene bereits genau wieder so entwickelt wie anno 1913. Alledem wird aber die Krone aufgesetzt in der „Münchener Augsburger Abendzeitung“ des Herrn Stinnes vom 29. Juni d. J. Da heißt es: „Wenn uns heute ein wirklicher Diktator entstände, der den ganzen November-Schwindel abtäte, so hätte er leichtes Spiel.“ Das alles führt Scheidemann an, und er fügt hinzu: „Je weniger die Reichsregierung von einer Bekämpfung der Reaktion merken läßt, um so mehr sollte die Arbeiterschaft erkennen, was auf dem Spiele steht.“ Das sagt Scheidemann, dessen Partei es immer wieder ablehnte, mit der Arbeiterschaft den Klassenkampf durchzuführen, dessen Partei seit je mit dem Zentrum und den Demokraten gemeinsame Sache gemacht hat, dessen Partei sich heute sogar auch mit der Deutschen Volkspartei koalitiert hat, nachdem Rechtssozialisten, wie Hermann Müller und Severing in Görlich, Stinnes warm als einen Mann verteidigt haben, der gar nicht so schwarz sei, wie die Arbeiter dächten.

Stegerwald, Zentrumsmann und preussischer Ministerpräsident, kennzeichnete die rechtssozialistische Politik gegenüber dem Chefredakteur der „Germania“ so: „In den letzten 2½ Jahren hat die Wehrheitssozialdemokratie auf die Politik im Reich und in Preußen einen starken Einfluß ausgeübt. Trotzdem sie antikapitalistisch orientiert ist und sie diese ihre Gefinnung ernsthaft verwirklichen wollte, haben noch zu keiner Zeit der deutschen Geschichte eine Reihe von Großbanken und Industrien so gewaltige Gewinne gemacht und wurden auf der anderen Seite die breiten Volksschichten noch nie so ausgewuchert wie in der Zeit nach der Revolution. Mit Gesetzen und Parlamentsbeschlüssen allein ist den Dingen nicht beizukommen.“

Selbst der rechtssozialistische Parteivorstand gestand in seinem Bericht an den Parteitag zu Kassel, daß es den Rechtssozialisten schon in der Koalition mit Zentrum und Demokraten in vielen Fragen schwer möglich gewesen sei, eine Mittellinie zu finden, so beim Betriebsrätegesetz, bei der Steuerpolitik und der Verfassung. Wir können hinzufügen, daß es mit der Sozialpolitik, der Sozialisierung und der Ernährungswirtschaft trostlos steht.

Über trotzdem: Die Rechtssozialisten sind von ihrer Koalitionspolitik nicht abzubringen. Wie sagt Dr. David? Nach dem 4. August 1914 gibt es für die Rechtssozialisten kein Zurück mehr. Dr. David ist fürwahr ein großer Prophet.

Deutscher Reichstag

Donnerstag, 17. November

Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min. • Die Interpellationen M u m m, Bekämpfung der Schundliteratur, R a n k y, Besserung der Wirtschaftslage Ostpreußens und Arnstadt, Wiesbadener Abkommen, will die Regierung innerhalb der geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebenen Frist beantworten.

Der Gesetzentwurf, betreffend Abänderung der Bekannmachung über ausländische Wertpapiere wird in erster Lesung ohne Debatte erledigt, der Entwurf über das Verfahren in Versorgungssachen wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Fortsetzung der Debatte über den Lebensmittelwucher

Abg. Herr (D. Sp.): Dem Gesetzentwurf der Unabhängigen Fraktion auf Einführung eines Umlagerfahrens auch für die Kartoffelverorgung können wir nicht zustimmen. Wir wenden uns gegen jede Maßnahme, die von neuem auf eine Unterbindung der freien Wirtschaft hinausführen will. Auch den weiteren Antrag der Unabhängigen, das Getreide soll von 2½ auf 3¼ Millionen Tonnen zu erhöhen, können wir nicht beitreten.

Abg. Teisemann (Dem.): Wie man mit einem Umlagerverfahren eine Besserung in der Versorgung mit Kartoffeln herbeiführen will, weiß ich nicht. Wir müssen den Gesetzentwurf ablehnen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt wendet sich nach einigen allgemeinen Ausführungen über die Marktlage, ihre Ursachen und Folgen, und nach Aufzählung der Maßnahmen, die von der Regierung zur Verhinderung des Ausverkaufs deutscher Waren über die Grenzen getroffen wurden, vor allem der Lebenshaltung der Bevölkerung zu. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, die Lebenshaltung sei nicht sehr von der vor dem Kriege unterschieden. Wenn man die Lage des Volkes kennen lernen will, darf man nicht in zweifelhafte Votale gehen und dort Studien machen, sondern man muß die Armut in ihren Wohnungen anschauen. Im ersten Halbjahr 1921 ist der Fleischkonsum gegen das letzte Jahr vor dem Kriege um 60 Prozent zurückgegangen. Das ist Beweis genug,

daß die Lebenslage außerordentlich gedrückt ist.

Hieraus ergibt sich, daß rücksichtslos vorgegangen werden muß gegen den Wucher und die Lente, die aus der Not des Volkes reiche Gewinne machen.

Abg. Gerauer (S. Sp.) schiebt die Schuld an den hohen Kartoffelpreisen der Verkehrsverwaltung zu, die nicht für genügende Wagenstellung gesorgt habe.

Reichsernährungsminister Hermes: Die Bevölkerung wird im Laufe des Wirtschaftsjahres in demselben Maße wie bisher mit Mehl und Brot versorgt. Darüber hinaus kann sie sich im freien Verkehr ohne Beschränkung weiter versorgen. Von diesem Gesichtspunkte aus besteht auch kein Anlaß, die Tagesration von 200 Gramm zu erhöhen. Der Antrag Agnes bedeutet, daß beträchtlich erhöhte Zuschüsse von dem Reich gezahlt werden sollen. Die Kosten der Mehreinsparung werden etwa 12½ Milliarden Mark ausmachen. Die Devisen zur Bezahlung dieses Betrages würden nicht aufgebracht werden, so daß der Tiefstand der Mark immer bedrohlicher werden würde. Würde das Recht aus dem Inland beschafft, so würden 3¼ Milliarden Mark mehr vom Reich aufgewendet werden müssen. Der Gedanke der Erhöhung der Umlage erscheint undurchführbar. Mit den 2½ Millionen Tonnen ist die äußerste Grenze dessen erreicht, was durch Umlage kommen kann. Ich sehe daher keinen Weg, auf dem dem Antrag Agnes entsprochen werden könnte.

Abg. Kemmels (Komm.): Der Vertreter von der äußersten Rechten hat gemeint, ich möchte das Ernährungsministerium übernehmen. Ich bin gern bereit dazu, aber erst dann, wenn sie, die Verkehrler am deutschen Volke, da sind, wohin sie gehören. (Lachen.)

Frau Bohm-Schuh (Soz.): Wohin soll es denn kommen, wenn das Pfund Kartoffeln 1,20 M. und die Margarine, wie es in Berlin bereits der Fall ist, 36 M. bis 38 M. das Pfund kosten. Dann wird es dahin kommen, wohin es in Neußeln bereits am Dienstag gekommen ist. Sie führen die Teuerung auf die Geldentwertung zurück und fordern Preise der Geldentwertung entsprechend. Sind denn aber die Löhne der Arbeiter auch nur annähernd so gestiegen wie die Geldentwertung? Durch die bittere Not wollen Sie die Arbeiter zwingen, Überstunden zu machen, oder, wie es schon geschehen ist, zur Vermehrung des Einkommens den achtstündigen Arbeitstag durch den neunstündigen ersetzen. Es ist notwendig, die verkündeten Gehaltswürfe und Anträge zum Beschluß zu erheben. (Lebhafter Beifall auf der Linken.)

Sodann wird die Beratung abgeschlossen. Ein von den Kommunisten eingebrachtes Mißtrauensvotum gegen den Ernährungsminister wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Die zur Beratung gestandenen Gesetzentwürfe und Anträge werden ohne Widerspruch der Ausschussberatung überwiesen.

Bei Festlegung der Tagesordnung beantragt Abg. Koenen (Komm.) die Frage der

Amnestie

auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Es handle sich um Männer, die lediglich wegen eines politischen Vergehens ins Gefängnis oder Zuchthaus gesteckt wurden. Hunderte von ihnen sind jetzt in den Hungerstreik eingetreten. Es muß also schnellstens vorgegangen werden.

Abg. Ledebour (U.S.) befürwortet den Antrag. Durch die Zustimmung den Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen, würde sich niemand zur Sache selber. Es handelt sich vielmehr darum, die Möglichkeit zu geben, die Sache zu erörtern.

Abg. Marg (Zit.) wendet sich gegen den Antrag Koenen. Gerade die Ausführungen Ledebours bewiesen, daß es sich lediglich um eine Demonstration handle.

Abg. Ledebour (U.S.): Ich habe nicht gesagt, daß die Sache morgen nicht entschieden werden soll, sondern, daß man sich dadurch, daß man zustimmt, den Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen, sich noch nicht sachlich entscheidet. (Gelächter rechts.) Die Tatsache, daß Hunderte von politischen Gefangenen in den Hungerstreik eingetreten sind, ist eine Tatsache, die Sie nicht zu beschreiben brauchen, die Sie durch Ihre Geiseln nicht aus der Welt schaffen. Der Antrag Koenen wird gegen die Stimmen der drei sozialistischen Stimmen abgelehnt.

Schluß der Sitzung 3/8 Uhr. — Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

Preussischer Landtag

Donnerstag, 17. November

Der Entwurf über die Aenderung der Gesetze betreffend die Ablösung von Realasten geht an den Rechtsausschuß, ebenso der Gesetzentwurf betr. Ergänzung der Verordnung über die Zwangsaufhebung der Familiengüter und Hausvermögen, der die Bildung eines Sausfortes vorschreibt.

Danach folgt die erste Beratung des Entwurfs über die Einführung der Grundstücke der Verhältniswahl für die Wahl der Vertrauensmänner des Ausschusses zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen. — Der Gesetzentwurf wird an den Rechtsausschuß verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über den Sitz des Landeskulturamts für die Provinz Schleswig-Holstein. Die Regierungsvorlage steht als Sitz Schleswig vor.

Abg. Breuer (Soz.): Die sachlichen Gesichtspunkte sprechen für Kiel als Sitz des Landeskulturamtes.

Abg. Dr. Reibig (D. Sp.) spricht für Schleswig. Nachdem die Abgg. Richter-Neumannier (Soz.) und Jürgensen (U. S. P.) sich für Kiel ausgesprochen hatten, geht die Vorlage an den Entscheidungsausschuß.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag Vimbek (Soz.) — Porlich (Zit.) — Dr. von Krause (D. Sp.) zur Vertrauensfrage. Die Abstimmung ist namentlich. Abgegeben wurden 297 Stimmen, davon 198 mit Ja, 99 mit Nein. Der Vertrauensantrag der Koalitionsparteien ist also angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Untergerichten geht an den Handelsausschuß.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Aenderung des Feld- und Polizeigesetzes. (Zehnfache Erhöhung der Geldstrafen; Ermäßigungen in leichteren Fällen.) Die Vorlage geht an den Rechtsausschuß.

Der Gesetzentwurf über Erhöhung der Katastrophenschreibungsgebühren wird in erster Lesung angenommen.

Der Gesetzentwurf betr. Bereitstellung weiterer Staatsmittel zur Sicherung der staatlichen Stromerzeugung im oberen Quellgebiet der Weiser geht an den Hauptauschuß zurück. Angenommen wurde ein Antrag der Koalitionsparteien, der als sofortige Hilfe 20 Millionen Mark fordert.

Hierauf wird die Beratung der großen Anfragen und Anträge über die Kartoffelverorgung fortgesetzt.

Abg. Schlange (D. R.): Es gibt keinen Deutschnationalen, der nicht den Wucher genau so verurteilt, wie die Linke. (Lachen links.) Die Hauptschuld an den hohen Preisen tragen die Kartoffelhändler und die Regierung.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr; Kleine Anfragen.

Fortsetzung der Aussprache über Kartoffelverorgung, Haushalt. Abg. Frau Wolfstein (Komm.) beantragt, eine kommunizistische Anfrage über Hun, entzweit politischer Gefangener auf die Tagesordnung zu setzen. — Der Antrag wird abgelehnt. Schluß 6 Uhr.

Schlusswort

Genosse L. Martow schreibt uns:

Die Volkemil mit der „Roten Fahne“ ansähtlich der russischen „Amnestie“ hat mindestens ein Resultat erzielt: Das kommunistische Zentralorgan hat offen erklärt, daß die deutschen Kommunisten die Maßnahmen „verstehen und billigen“, die die bolschewistische Regierung gegen die russischen Sozialisten ergreift. Jetzt ist also keine Rede mehr davon, daß die längst erlassene Amnestie von der „Großmut“ der Sowjetregierung Zeugnis ablege. Die „Rote Fahne“ bestätigt jetzt vielmehr die Tatsache, die sie früher vor den deutschen Arbeitern zu verheimlichen suchte: daß die russischen Kerker nach wie vor mit Sozialisten überfüllt sind, die durch Wort und Schrift den Bolschewismus bekämpfen haben.

Um den feigen Terrorismus ihrer russischen Geldgeber zu rechtfertigen, bleibt der „Roten Fahne“ nur das eine Mittel übrig, die längst von uns widerlegte Verleumdung zu wiederholen, daß die russischen Menschewisten die schlimmsten Gegenrevolutionäre gegen die Räteemacht unterstützt hätten. Die Redaktion der „Roten Fahne“ fragt mich, ob ich bereit sei, daß die Menschewisten mit dem weißgardistischen „Vaterlands- und Freiheits-Verteidigungsvorband“ in Moskau sympathisierten. Einen Verband solchen Namens kenne ich überhaupt nicht. Aber ich befreite mit aller Entschiedenheit, daß auch nur ein einziges Parteimitglied, von den vielen Hunderten, die in der bolschewistischen Gefängnisse eingekerkert sind, sich an der Tätigkeit eines solchen Verbandes beteiligt hat. Kein Kommunist in Rußland glaubt an einen solchen Anstalt.

Alle ähnlichen Behauptungen, die ich schon auf dem Parteitag in Halle widerlegt habe, gehören zu dem Waffenarsenal gewissenloser Lumpen vom Schlage Sinowjew, die gegen ihre Gegner nur mit Lügen und Verleumdungen operieren. Die Tatsache bleibt bestehen, daß die russischen Sozialdemokraten nur deshalb von den Bolschewisten grausam verfolgt werden, weil sie durch ihre Aufklärungsarbeit die Unhaltbarkeit der kommunistischen Methoden den russischen Proletariats zum Bewußtsein gebracht haben. Die Redaktion der „Roten Fahne“ bestätigt jetzt, daß sie in dieser Frage auf der Seite der Denker steht. Ich habe zu dieser Selbstentmannung nichts hinzuzufügen.

*) Siehe „Freiheit“ Nr. 502.

Die erste Machtprobe des Bürgerblocks

Dr. Caspari Vorsteher — Befähigungsfähigkeit durch die Schuld der Bürgerlichen

Die erste ordentliche Sitzung des neuen Stadtparlaments hat gezeigt, daß die bürgerliche Mehrheit von 5 Stimmen ein Kartenhaus ist, das sofort zusammenfällt. Schon bei der Wahl des Vorstehers machte das Bürgertum — einig von den Demokraten bis zu Knüppelkunge — die erste Machtprobe. In der gemeinsamen Erklärung des Bürgertums wird gefordert, daß die bürgerliche Mehrheit ihren Ausbruch finden müsse in einem bürgerlichen Vorsteher. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat diese Absicht des Bürgertums durch ihren Redner Dittmann schonungslos enthüllt. Unsere Fraktion hat in grundsätzlicher Anerkennung des Rechtes der stärksten Fraktion ihre Stimme den Kandidaten der S. P. D. gegeben. Nicht etwa, weil Herr Franz Krüger irgendwelches Vertrauen bei unserer Fraktion genießt, sondern weil die stärkste Fraktion naturgemäß auch das Recht hat, den Kandidaten selbst zu bestimmen; es wurde aber von unserer Seite gleichzeitig entschieden betont, daß die Verantwortung für die Eignung des Kandidaten natürlich die S. P. D. selbst tragen muß. Genosse Dittmann hat in der Begründung unserer Stellung hervorgehoben, daß auch die U. S. P. D. es als eine Selbstverständlichkeit empfunden hätte, wenn die Rechtssozialisten vor der Nominierung ihres Kandidaten mit den beteiligten Fraktionen in Verbindung getreten wäre. Da sie das nicht getan haben, hat die Fraktion der U. S. P. folgenden Brief an die Rechtssozialisten gerichtet, um erkennen zu lassen, welche schweren Bedenken sie gegen die Kandidatur Franz Krügers hat und wie außerordentlich schwer es ihr gemacht würde, den Grundged der stärksten Fraktion anzuerkennen:

Herrn M. Heimann.
Werte Genossen!

Aus der Presse haben wir ersehen, daß Ihre Fraktion Ihr Mitglied Franz Krüger zum Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung vorschlagen wird. Wir erkennen zwar das Recht der stärksten Fraktion an, den Vorsteher zu stellen, in unserer Fraktion bestehen jedoch die schwersten Bedenken gegen die Objektivität Franz Krügers, der seit in kleinlicher und gehässiger Weise besonders auch auf Ihrem Gorkler Parteitag unsere Partei belächelt hat, so daß seine Repräsentation auf uns als eine Provokation wirkt. Wir geben Ihnen hiervon Kenntnis mit dem Erlauchen, Ihrer Fraktion davon Mitteilung zu machen.

Im Auftrage der U. S. P.-Fraktion:
H. Müller, Schriftführer.

Daraus ist zu ersehen, daß lediglich die Wahrung des Grundgesetzes die U. S. P.-Fraktion veranlaßt hat, dem Kandidaten der stärksten Fraktion ihre Stimme zu geben. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß das Bürgertum auf keine Mehrheit pochte und ein Machtpräsidium zusammenstellen wollte, erklärten die sozialistischen Parteien, sich nicht an der Zusammensetzung des Präsidiums zu beteiligen. Dem Bürgertum wurde es bei allem Machtbewußtsein doch etwas schwindl, als Genosse Dittmann erklärte, daß die Berliner Arbeiterklasse den vom Bürgertum ihr angebotenen Kampf aufnehmen werde und daß die Verantwortung für den Schaden, der der Berliner Bevölkerung aus diesem Kampfe erwachsen kann, das Bürgertum tragen müsse.

Bei der Wahl des zweiten Vorstehers, für den der Bürgerblock Herr Fabian (Dnall.) vorschlug, beteiligten sich die Arbeiterparteien nicht. Da nach der Geschäftsordnung zu einem beschlußfähigen Hause 113 Stadtverordnete gehören; da nach der Geschäftsordnung für die Feststellung der beschlußfähigen Zahl die Summe der abgegebenen Stimmen maßgebend ist, so hat das Bürgertum gestern durch seine eigene Schuld die Befähigungsfähigkeit herbeigeführt. 113 Stadtverordnete sind für ein beschlußfähiges Haus nötig, 115 bürgerliche Stadtverordnete sitzen im Roten Hause. Trotzdem haben sich die bürgerlichen Parteien und ihre glorreiche Mehrheit schon bei einer rein formalen Angelegenheit als unfähig erwiesen, auf Grund ihrer Mehrheit die Geschäfte zu führen. Gestern standen Dringlichkeitsvorlagen auf der Tagesordnung, die ausschließlich die notleidende Bevölkerung betrafen. Die städtischen Arbeiter, die auf eine endgültige Entscheidung für eine baldige Hilfe warten, die Erwerbslosen

und Minderbemittelten, für die 9 Millionen Mark für außerordentliche Feuerungsbeihilfe bewilligt werden sollten, mägten sich bei den bürgerlichen Parteien bedanken, die nicht einmal die Wahl ihres eigenen Präsidiums zustande brachten, geschweige denn sich fähig zeigten, allein positive Arbeit zu leisten.

Sitzungsbericht

Alterspräsident Pjannkuch eröffnete die Sitzung mit beglückwünschenden Worten und gedachte der verstorbenen Stadträtin Lepp-Rathenau.

Unter den Eingängen befand sich eine Nachtragsvorlage des Magistrats über die Bewilligung von 9 Millionen Mark zur Zahlung einer einmaligen Feuerungsbeihilfe an Erwerbslose und Minderbemittelte. Ferner war eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen eingegangen, unter denen ein Antrag Gabel über den Zustand der Rietsbaraden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wurde. Dagegen wurde ein Dringlichkeitsantrag Koch über die Zuweisung staatlicher Zuschüsse für private Mädchen- und Mittelschulen nicht als dringlich anerkannt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung (vorläufige Annahme der Geschäftsordnung) beantragte Stadtverordneter Dörr (S. P. D.), die Geschäftsordnung ohne die für die Geheimhaltung geltenden Bestimmungen anzunehmen. Der Antrag wurde abgelehnt, dagegen wurde ein Antrag von Egnern, einen Fünfundzwanziger-Ausschuß zur Prüfung der Geschäftsordnungs-Nachfrage angenommen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, der

Wahl des Stadtverordnetenvorstehers,

auf die sich naturgemäß das Interesse der Versammlung und der stark belebten Tribüne konzentrierte, nahm als erster Redner Stadtverordneter Heimann (S. P. D.) das Wort. Er erhob namens seiner Fraktion Anspruch auf den Posten des ersten Vorstehers und schlug als solchen seinen Fraktionskollegen Franz Krüger vor. Er kritisierte das Verhalten der bürgerlichen Parteien, deren Widerstand sich nicht gegen die Person Krügers, sondern gegen einen sozialdemokratischen Kandidaten richtete. Für diese Auffassung führte er als Beweis Äußerungen des Demokraten Cassel und des deutschnationalen Pfarrers Koch an.

v. Egnern (Dt. Volkspartei) sprach für die gesamten bürgerlichen Fraktionen und bemängelte, daß die S. P. D. sich nicht mit denjenigen Fraktionen, deren Unterstützung sie für ihre Kandidaten doch benötige, in Verbindung gesetzt habe. Mit der Begründung, daß die bürgerliche Mehrheit auch in der Bezeichnung des Präsidiums ihren Ausdruck finden müsse, gab er die von allen bürgerlichen Parteien — von Knüppel-Kunze bis zu den Demokraten — aufgestellte Kandidatur Dr. Caspari (D. N.) bekannt, der durch sein hohes richterliches Amt besondere Gewähr für Objektivität (!) lebhafteste Zwischenrufe: Klassenjustiz!) gäbe. Herr v. Egnern verlas dann eine gemeinsame Erklärung des Bürgerblocks, aus der wir der Kuriosität halber zwei Absätze wiedergeben wollen:

„Ferner muß der Ausgang des Wahlkampfes, nämlich die Beteiligung der bisherigen sozialistisch-kommunistischen Mehrheit, als ein wesentlicher Grund für die Wahl eines diesen Parteien nicht angehörenden Stadtverordneten zum Vorsteher angesehen werden.“

„Wir betonen ausdrücklich, daß wir hierbei nicht die Absicht haben, einen Gegensatz zwischen den sozialistischen und den nichtsozialistischen Fraktionen herbeizuführen, sondern die Erklärung spricht für sich!“

Pfarrer Koch (Dnll.) wies darauf hin, daß Herr Heimann selbst 1919 der U. S. P. als stärksten Fraktion den Vorsteher nicht zugewilligt habe. Er nahm sogar die S. P. D. gegen ihren eigenen Kandidaten in Schutz; er verlas Ausführungen Krügers im „Vorwärts“, worin dieser recht abfällig über die kommunale Arbeit seiner eigenen Parteigenossen urteilt.

Genosse Dittmann erklärte namens der Fraktion der U. S. P. die grundsätzliche Anerkennung des Rechtes der stärksten Fraktion. Er betonte aber, daß es sich ja nicht nur um den ersten Vorsteher handle, sondern um das ganze Präsidium, und schon deshalb hätte die Fraktion der S. P. D. die Pflicht gehabt, eine unerbittliche Besprechung der beteiligten Fraktionen herbeizuführen. Das Bürgertum wolle ein Machtpräsidium, die bürgerlichen Parteien lagen dem Berliner Proletariat: Wie sind die Herren. Aus gut, die U. S. P. werde den Kampf aufnehmen. Nicht um der Person des Herrn Krüger willen — wie

sich die U. S. P. zu ihm stellt, geht aus ihrem Briefe an die S. P. D. hervor — sondern in Wahrung eines selbstverständlichen Grundgesetzes können wir für den Kandidaten der stärksten Fraktion. Auch der Kommunist Gabel erklärte namens seiner Fraktion, trotzdem sie die Kandidatur Krügers als eine läbliche Provokation empfinde, für Krüger zu stimmen.

Die Wahl des Vorstehers

Die nunmehr vorgenommene Wahl ergab folgendes Stimmenverhältnis:

Abgegebene Stimmen	200
Gültige Stimmen	192
Dr. Caspari (D. N.)	115
Franz Krüger	74
Zerplitterte (Knüppel-Kunze usw.)	3

Damit war Dr. Caspari zum 1. Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Da nach der Wahlliste acht bürgerliche Stimmen, muß Herr Dr. Caspari auch einige Stimmen von der Linken des Hauses erhalten haben.

Dr. Caspari übernahm hierauf den Vorsitz mit einer kurzen Ansprache, in der er für das Vertrauen seiner Wähler dankte und sich das Vertrauen der anderen Stadtverordneten zu erwerben versprach. Auf Antrag der U. S. P. wurde die Sitzung für eine kurze Versprechung der Fraktionen vertagt.

Nach Wiedereröffnung erklärte Genosse Dittmann namens der Fraktion der U. S. P., daß das Bürgertum durch seine Erklärung den Willen zum Ausdruck gebracht habe, ein Machtpräsidium zu bilden. Würde die U. S. P. in dieses Präsidium eintreten, so würde sie einen Posten von Gnaden der bürgerlichen Parteien einnehmen. Sie verzichte auf diese Gnade und würde sich an der Wahl des Präsidiums nicht beteiligen. Die Verantwortung für den Schaden, der der Berliner Bevölkerung durch den Machtkampf des Bürgertums entsteht, muß den bürgerlichen Parteien überlassen werden, die schon bei rein formalen Fragen den Machtkampf heraufschufen.

Stadtr. Reuter-Friesland (S. P. D.) erklärte namens seiner Fraktion, daß sie die gleiche Stellung wie die U. S. P. und S. P. D. einnimmt.

Die Wahl des Vizepräsidenten wurde auf Antrag Dr. Benja (U. S. P.) einzeln durch Zettel vorgenommen.

Schon bei der Wahl des 2. Vorstehers zeigte sich indes, daß das Bürgertum, das den sozialistischen Parteien eine geordnete Geschäftsführung vormachen wollte, nicht einmal die Wahl seines Präsidiums zusammenbrachte. Es ergab sich bei 109 abgegebenen Stimmen die Befähigungsfähigkeit des Hauses, so daß durch Schuld der Bürgerlichen nicht einmal die Dringlichkeitsvorlagen über Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter erledigt werden konnten.

Warnung vor Plünderungen

Ämtlich wird mitgeteilt: In den letzten Tagen ist es in verschiedenen Stadtteilen zu Plünderungen von Geschäftshäusern gekommen. Veranlassung waren zum Teil plötzliche Preissteigerungen, so z. B. die sprunghafte, unbedeutende Erhöhung des Petroleum-Kleinverkaufspreises gelegentlich des vorübergehenden Gasstreiks. Der Polizeipräsident hat aus diesem Anlaß die Entsendung verstärkter Streifen der Wachabteilung angeordnet, die vor allem die Preisfestsetzung nachprüfen. Wucherische Preisüberhöhrungen werden mit allen gesetzlichen Mitteln rücksichtslos verfolgt werden, und die Polizei bittet erneut um Unterstützung ihrer Maßnahmen durch das Publikum. Alle Polizeivore nehmen Meldungen entgegen.

Andererseits ergibt sich für die Polizei aber auch die Notwendigkeit, gegen Ausschreitungen, die die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährden, vorzugehen. Plünderungen von Geschäften können unter keinen Umständen gebuldet werden. Der Polizeipräsident warnt daher die Bevölkerung, sich von unfantastischen Elementen zu derartigen Ausschreitungen verleiten zu lassen.

Das beste Mittel gegen diese Erscheinungen, die auch wir auf das Schärfste verurteilen, wäre, wie wir hinzufügen möchten, eine Besserung der Lebensverhältnisse der breiten Massen. Erfolgt diese nicht bald und entscheidend, so wird trotz aller Warnungen und Ermahnungen der Hunger noch ganz andere Szenen der Verzweiflung zeitigen. Die Arbeiterklasse hat um so mehr die Pflicht, durch planmäßige und blutsinnige Aktionen zu bewirken, daß das Versteck vermieden bleibt!

Etwas 300 bis 400 Arbeitslose drangen gestern vormittag in die Schlichterei im Hause Schönhauser Allee 142 ein und plünderten den Laden. Sie schleppten alle Waren aus dem Geschäft fort. Sachschaden ist nicht angerichtet. — Vormittags sammelten sich vor dem Rathaus in Pankow circa 300 Arbeitslose an. Sie wurden von acht Beamten der Schutzpolizei ohne Zwischenfälle zerstreut. — Gegen Mittag kam es zu größeren Ansammlungen auf dem Koppenplatz, die sich aber eine Viertelstunde später wieder auflösten, ohne daß es zu Zwischenfällen gekommen wäre. — Etwas 70 Mann verjagten in

Der einzige Weg

Roman von Paul Kehoy

Verlegt von Rudolf Fiedl.

Copyright 1921 by Greifstein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(20. Fortsetzung)

Als geschickter Schriftsteller gelang es ihm, nicht in Widerspruch zu den Befindungen zu geraten, die er soeben vor Dronne ausgesprochen hatte. Er streifte die verschiedenen Hindernisse, ohne sich auch nur an einem einzigen zu stoßen. Und sie schrie, voll Bewunderung für die Kunst, mit der er in dieser schwierigen Aufgabe die Rücksicht auf seine Laufbahn mit der Ueberzeugung seines Herzens zu vereinen verstand.

10

Die Engel am häuslichen Herd.

Empfang bei Frau Réal.

Kur Damen. Frau Bernhard Pellerier, elegant, mollig, Berlin um den Hals, die auf ihrer etwas brünetten Haut lodend schimmerten. Frau Montignac mit ihrem Bourbonenprofil, Vorstandsdame verschiedener Gesellschaften, die den blinden und lungenkranken Kriegssopfern den angenehmen Eindruck vortäuseln sollte, daß die Gesellschaft ihre Opfer nicht ganz vergessen habe, Frau Giraudet, mit gestricheltem Haar, kurzschichtig wie ihr Mann, die langjähige Vornette in der Hand, unsteif in ihren Entschlüssen wie ihre Vögel, die unauffällig von einer Sprosse auf die andere hüpfen; Frau Lebardeau-Chatenais, die würdige und fällige Gemahlin Arsène Lebardeau-Chatenais', des Mannes mit dem achtunggebietenden blauen Bart, eine Dame, deren Gedanken jenen Kleidern gleichen, die in großen Mengen für solche angefertigt werden, die sich gern mit Uniformen bedecken; endlich Julie Baravère, Réals Schwester, deren Antlitz mit den traurigen Augen wie eine Eisenmaske aus den Falten der Trauerschleier hervorleuchtete.

Der Nachmittagsstee war aufgetragen. Von dem Silberkessel, unter dem eine Spirituslampe brennt, steigt ein Dampfweilchen auf. Kuchen und belegte Brote türmen sich zu weißen und goldigen Hügel.

Die Damen plaudern. Die Gespräche klingen wie Vogelgewitscher, aus dem hin und wieder ein Lachen ertönt.

Frau Montignac erzählt:

„Ich habe soeben eine Freundin getroffen. Sie kommt aus

England. Wissen Sie, wo sie abgestiegen ist? Im Hotel Britannia?“

„In unserem Lazarett!“

„Jawohl. Jetzt erkennt man es nicht wieder.“

Das Britannia-Hotel! Welche Erinnerung für alle! Hier hatte man einander 1915 kennengelernt. Hier hatten sie als Krankenschwestern gewirkt, in ihren blauen, mit der Kokarde geschmückten Schleiern, die das Haar verbargen, in den ersten Kleidern, mit keinem anderen Abzeichen ihrer gesellschaftlichen Stellung als den gepuderten Wangen und den geschminkten Lippen!

Das Britannia-Hotel! Zuerst hatten die Damen dort freigeiglig Süßigkeiten und Verbandzeug angehauft. Aber der Mangel an Kunden hatte sie ungeduldig gemacht. Endlich kam ein Kranter. Ein Kranter! Sie lehnten diesen Leidenden, der ihnen keine Ehren einbrachte, geringschätzig ab. Dann bekamen sie einen Nezer, dem der Arm durch eine Bombe zertümmert war. Der erste Verdunete. Sie überhäufte ihn mit Sorgfalt und stopften ihn derart mit Zuckerwerk, daß der Nezer im Laufe eines Monats an Ueberfütterung einging. Das Britannia-Hotel! Glückliche Zeit, da sie sich erschütterte, aufmerksam, wissbegierig um den Chirurgen versammelten, wenn dieser an einem hübschen kleinen, zugleich kindlichen und männlichen Verwundeten einen klinischen Kurs hielt. Das Britannia-Hotel! Erinnerungen an die Erzählungen von Heidenratten, während süßer Tage der Genesung, an junge ruhmgeliebte Männer, deren wiederkehrenden Kräfte sich so hümmisch, so schmeichelehaft ankerten...

Wie kleidam waren doch die langen Schleier! Wie angenehm war es, in den Kraftwagen des Roten Kreuzes, immer mit erhöhter Schnelligkeit, dahinzujagen, als gälte es Sterbende zu retten! Wie reizend waren die schlanken Offiziere in ihrem spiegelglanken Lederzeug und den strammen Waden in den mahagonifarbenen Gamaschen!

„Finden Sie nicht, daß die Männer mit ihren weichen Hüten und in ihren langen Hosen jetzt ideuklich aussehen?“ fragte Frau Pellerier leichtfertig.

Frau Montignac stimmte ihr bei:

„Sie haben ganz recht! Bällig ohne Schick! Und wie kümmerlich macht sich das Endchen Band im Knopfloch, nach dem Kriegskreuz und all den Auszeichnungen...“

„Eckham,“ sagte Frau Baravère, „die Auszeichnungen hatten für mich immer etwas Unheimliches. Ich mußte mir immer sagen, da ist einer, der fast sicher getötet hat...“

Alle riefen durcheinander:

„Aber Liebste, das ist der Beruf des Soldaten!“

„Das weiß ich wohl. Aber wenn ich so sah, wie die Frauen all diese ordensgeschmückten Soldaten feierten, hatte ich den Eindruck, daß sie nicht eben die würdevollste Haltung bewahrten. Ich hätte ihnen eine Bewunderung gewünscht, die, wie soll ich sagen, minder feinschmeckerisch war.“

Frau Réal und Frau Pellerier antworteten fast einmütig:

„Es mußte doch Belohnungen geben!“

„Und sie hatten sie doch verdient!“

„Sie haben ganz recht,“ gab Frau Baravère zu. „Aber diese Kreuze, verzeihen Sie, erinnern mich an andere Kreuze. Und diese bedeuten für mich eine solche Erinnerung...“

Man wußte, welchen Kummer sie durch den Tod ihres Gatten und ihres Sohnes erlitten hatte. Die Damen wechselten den Gesprächsstoff.

Frau Montignac fragte teilnehmend:

„Sagen Sie, Liebste, haben Ihre Bemühungen wegen der Ueberführung, die Sie anstrebten, Erfolg gehabt?“

„Nein nicht. Klein armes Peterchen ist noch immer dort unten. Es sind schreckliche bürokratische Schwierigkeiten zu überwinden. Ein ganzer Altenstoß ist in Verlust geraten.“

„Nicht wahr, er wurde doch nach Bitry-le-François gebracht?“

„Ja, dort habe ich ihn sterben gesehen.“

Ein wüthender Schmerz verzerrte ihr Antlitz.

„Im nächsten Monat werden es fünf Jahre,“ sagte Frau Réal, die an dem Kummer ihrer Schwägerin ehrlich Anteil nahm.

„Ja, fünf Jahre,“ wiederholte Frau Baravère. „Fünf Jahre schon! Dieser weiße Krankensaak! Er hatte das Gesicht völlig eingebunden. Man sah nur die Augen. Er faßte meine Hand, wie zur Zeit, als er klein war und ich zu ihm kam, ihm gute Nacht zu sagen. Ich hielt seine Hand in der meinen, wie ich es damals tat, wenn er einschlafen sollte. Er sah mich an... Seine Augen sprachen: Mütterchen...“

Sie unterbrach sich. Ihre Wimpern waren geschlossen, sie beschwor nochmals das traurige Wiedersehen heraus. Selbst die quersilberne Frau Giraudet schien gerührt:

„Der arme Junge hat hoffentlich doch nicht lange gelitten?“

(Fortsetzung folgt.)

das Rathaus zu Lichtenberg einzubringen. Zwei dorthin ent-
sandte Autostrassen zerstreuten die Menge.

Warum die Lehrer warten müssen

Die städtische Schuldeputation teilt mit: In Volksschul-
Lehrerkreisen ist noch immer vielfach die Meinung ver-
breitet, daß seitens der städtischen Schulverwaltung die Nach-
zahlung der auf Grund der verschiedenen Änderungen der Be-
lohnungsvorschriften zu zahlenden Beträge nicht mit der erforder-
lichen Beschleunigung betrieben wird.

Dem nun folgendes entgegengehalten werden: Nach den gesetz-
lichen und ministeriellen Bestimmungen liegt der Gemeindever-
waltung lediglich das eigentliche Zahlungsgeschäft ob,
während die Vorbereitung der Zahlung, d. h. die Umrech-
nung der Bezüge und die Erteilung der Kassenanweisung Aufgabe
der Schulaufsichtsbehörde, in Alt-Berlin des Provinzial-
schulkollegiums, in der Provinzialschulkollegium hat in-
dessen bisher diese Aufgabe überhaupt nicht erfüllt und auch nicht
erfüllen können, weil ihm der dazu nötige Beamtenapparat von
den gesetzgebenden Körperschaften nicht bewilligt worden ist. Im
Interesse ihrer Lehrer hat daher die städtische Schuldeputation die
teilweise sehr schwierigen Umrechnungsarbeiten freiwillig über-
nommen, obwohl auch ihr nur ein verhältnismäßig wenig zahl-
reiches Beamtenpersonal zu Gebote steht, und obwohl der Unter-
minister die Gewährung einer Entschädigung für diese frei-
willig übernommenen Arbeiten bisher abgelehnt hat.

Unter diesen ungünstigen Verhältnissen, zu denen in letzter Zeit
noch die Verlegung der Geschäftsstelle als erschwerendes Moment
hinzutrat, sind gewisse Verzögerungen beim besten Willen nicht zu
vermeiden gewesen. Es geschieht aber alles, um sie auf das klein-
mögliche Maß zu beschränken.

Cella de Rhendi vor Gericht

Nach dem „Reigen“ — der Raktanz! ... Am Sonnabend
begibt vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I ein neuer
Unstillschleitsprozeß, in dem die bekannte Raktanzlerin Cella
de Rhendi sich wegen Erregung öffentlichen Argers durch ver-
antworten lassen wird. Unter den Zeugen des Staatsanwalts
befindet sich auch ein Pastor. Wahrscheinlich hat ihn die böse Cella
mit vorgetragener Bitte gezwungen, sich ihre Produktionen an-
zusehen. Oder sollte er am Ende freiwillig dem Vergnügen in die
Nähe gegangen sein? In diesem Falle hätte er allerdings besser
nach dem Rezept von Wilhelm Busch gehandelt: „Hat der Jüng-
ling ein Vergnügen, sei er dankbar und verständig.“ ...

Am gleichen Tage wird gegen Curt Corrinth, den Ver-
fasser des beschlaggenommenen Romans „Bordell“ verhandelt werden.
Der Reichsanwalt Dr. Kedslob hat sich über den Roman
sehr günstig geäußert, aber der Staatsanwalt verteidigt natürlich
mehr von der Unstillschleitsseite.

Gestern wurde der Roman „Die Erziehung der Freunde“ von
Gattermann juristisch. Die Gutachten der Sachverständigen
lauteten so günstig, daß eine Verurteilung der angeklagten Ver-
leger unannehmbar wäre. Das Gericht kam daher zur Freisprechung
der Angeklagten, betonte aber gleichzeitig, daß die in dem Werke
wiedergegebene Darstellung unrichtig sei, die Angeklagten
sich jedoch dessen nicht bewußt gewesen seien.
O. weise, weise höchst gerechte Richter! Nun gehi der Fall ans
Reichsgericht. Es ist wirklich schwer, keine Satire zu schreiben.

Hausdichter und Anstaltsleiter

Wir veröffentlichten kürzlich eine uns von vertrauenswürdiger
Seite zugegangene Schilderung gewisser Vorgänge in der Edel-
schen Heilanstalt. San-Rat Dr. Edel teilt uns nunmehr mit,
daß Herr Dr. J. ein chronischer Kranker sei, der uns einseitig
informiert habe. Wir stellen demgegenüber fest, daß unsere In-
formationen nicht von Herrn Dr. J. herrühren. Im übrigen
genügt die einseitige Erklärung, Dr. J. sei gestört, nicht zur
Erledigung der Angelegenheit. Es handelt sich auch nicht
darum, ob die von uns wiedergegebene Darstellung des Falles
des Dr. J. in allen Einzelheiten zutreffend war. Herr San-Rat
Edel bestreitet es. Schön; der springende Punkt ist aber einzig
und allein der, ob Dr. J. zu Recht oder zu Unrecht als
krank bezeichnet wird. Diese Frage kann nur durch eine von
den zuständigen Stellen, dem Polizeipräsidium und Wohlfahrts-
ministerium, zu führende Untersuchung geklärt werden, wie
wir von Anfang an betont haben.

Kraubüberfall in der Friedrichstraße. Gestern vormittag gegen
12 Uhr betrat ein Mann das Kauterriegelgeschäft von Kende-
mann in der Friedrichstraße 205, Ecke Zimmerstraße, um ange-
ben ein Los zu kaufen. Während der Geschäftsführer sich häu-
te, nahm der Räuber einen Löffel aus der Theke und
schlug mit ihm auf Kendeemann ein. Kendeemann wurde schwer
am Kopf getroffen und fiel hinfällig nach dem Hof des Ge-
bäudes. Als der Täter seinen Plan vollständig sah, ergriß er die
Flucht. Die Volkswache in der Wilhelmstraße wurde sofort
benachrichtigt und die Spur des Täters aufgenommen. Bisher hat
die Verfolgung jedoch zu keinem Ergebnis geführt.

Vermittlungsstelle für Schwerbeschädigte. Die nächste Versam-
lung der nach § 11 des Schwerbeschädigtengesetzes bestimmten Ver-
trauensleute findet am Montag, den 21., abends 7 Uhr, im Stadt-
verordnetenversammlungssaal des Rathauses, Eingang Königstraße, statt.
Tagesordnung: Einführung in das Gesetz vom 6. April 1920 über
die Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Die Preise für Butter, Schmalz, Margarine und andere Fette
steigen anscheinend noch weiter. Butter kostet schon 36—38 M.,
das Bund, Schmalz 35—40 M., Margarine 19—25 M. Diese
Preisdifferenzen beweisen deutlich, daß sehr viel Mache, um
nicht Wucher zu sagen, hier im Spiele ist. Es ist hier genau so
wie bei den Preistreibern für Kartoffeln, Fleisch und
Wurst.

Billiger Fleischverkauf. In den amtlichen Fleischverkaufsstellen
des 20. Verwaltungsbezirks Reinickendorf-Ost, Reichenstr. 151,
Reinickendorf-West, Kögelstr. 3, Ziegel, Schönberger Str. 60/61,
und Ziegel, Lohndorfer, 67, gelangt in dieser Woche billiges
Schweinefleisch zu nachstehenden Preisen zum Verkauf: Bauch
20 M., Kotelett, Kamm und Schuft 17.50 M., Schinken ohne
Bein und Bade 16.50 M., Kopf und Bein 9 M., Rücken fett und
Lenden 24 M.

Außenhilfe. Von den Genossen des Ostfälischen Wohltätigkeits-
vereins Hedeff Rudow zu Berlin habe ich für die Russenhilfe
1625 Mark erhalten. Richard Herth, Kassierer, Breite Str. 8-9.

Gefunden. Im Metallarbeiter-Verein, Linienstraße 88-89,
Zimmer 5, ist eine Krokodilleder-Handtasche mit Inhalt abge-
geben worden und dort abzuholen. Ueber den Inhalt ist ein
Nachweis zu führen.

Gewerkschaftliches

Krisis in der Berliner Metallindustrie

In der unter diesem Titel von uns in Nr. 536 und 535 ver-
öffentlichten Notiz wird von einigen Genossen, die Mitglieder
des Betriebsrats sind, mitgeteilt, daß unsere Darstellung nicht
ganz den Tatsachen entsprechen soll. Den Vorgängen in der
R. A. G. Oberhönne, die zu einer Stilllegung des gesamten
Werkes durch die Direktion führte, liegt folgender Sachverhalt
zugrunde:

Die Angestellten der R. A. G. hatten ihre Vertreter beauf-
tragt, bei der Direktion eine Wirtschaftsbeihilfe für
familiäre Angehörige zu fordern. Diefelbe wurde
in folgender Höhe angesetzt: Für verheiratete Angestellte
3600 M., für ledige Angestellte 2400 M., für verheiratete Arbeiter
2000 M., für unverheiratete 1500 M.

Die Direktion lehnte es ab, mit dem Betriebsrat über die
Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe überhaupt zu ver-
handeln. Als Begründung wurde den Beauftragten der Beleg-
schaft von der Direktion erklärt, daß eine Kostengruppe der Lohn-
empfänger nicht vorhanden sei. Die Angestellten und nun auch
die Arbeiter beantragten hierauf den gesamten Betriebsrat
nochmals mit der Direktion zu verhandeln. Diese lehnte
erneut jegliche Verhandlungen über die ge-
stellten Forderungen ab.

Eine Funktionärversammlung des Betriebes beschloß hierauf, der
Belegschaft zu empfehlen, in passiver Resistenz zu treten,
die auch am Montag, den 14. d. M., morgens 9 Uhr einsetzte. Als
die Direktion mit der Schließung des Betriebes drohte, beschloß
die gesamte Belegschaft in gemeinsamer Abstimmung in einer Be-
triebsversammlung mit 86 Prozent die Weiterführung
der passiven Resistenz, trotzdem abwesende Organisationsleiter
des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der MA die Ver-
sammlungen daran zu hindern suchten, daß die Belegschaft auf
eine Unterbrechung der Gewerkschaften nicht rechnen konnte.

Die Firma sperrte hierauf die gesamte Arbeiterenschaft aus, ließ
jedoch den Angestellten die Möglichkeit offen, weiter zu arbeiten.
Diese lehnten dieses Aninnen ab und erklärten sich mit den Ar-
beitern solidarisch. Die Arbeiter und Angestellten der R. A. G.
ließen geschlossen hinter ihren Forderungen und sind gewillt, den
Kampf bis zum Erfolge durchzuführen.

Zu derselben Angelegenheit erhalten wir von dem Betriebs-
rat der R. A. G. Lokomotivfabrik Hennigsdorf folgende Bericht-
ung:

In der Nr. 536 der „Freiheit“ erschien unter „Gewerkschaftliches“
eine Notiz, in der von einer geforderten Wirtschaftsbeihilfe der
R. A. G. Werke Hennigsdorf in Höhe von 3000 Mark für ver-
heiratete Angestellte, 2000 Mark für ledige Angestellte, für ver-
heiratete Arbeiter 2000 Mark und für unverheiratete Arbeiter
1500 Mark gesprochen wurde. Wir bemerken, daß diese falsche
Verständigung von unverantwortlichen Personen geführt worden
ist und dem Betriebsrat der R. A. G. Lokomotivfabrik bis zur
Veröffentlichung unbekannt blieb. Eine Betriebsversammlung,
die am Montag tagte, nahm folgenden Antrag einstimmig an:
„Der Betriebsausschuss wird beauftragt, unverzüglich mit der
Direktion in Verhandlungen zu treten, um die Zahlung einer
Wirtschaftsbeihilfe von 1000 Mark pro Person zu erwirken. In
Zusammenhang mit den anderen Großbetrieben ist die Gewerkschafts-
organisation zu informieren und bei eotl. Ablehnung durch die
Direktion über Groß-Berlin in Organisation zu Organisation
weitere Verhandlungen zu pflegen.“

Soweit die Zuschriften des Betriebsrats. Die Berliner Orts-
verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes legt Wert
darauf, festzustellen, daß weder sie, noch einer ihrer Beauftragten
mit dem von uns wiedergegebenen Bericht in Nr. 536 etwas zu
tun hat.

Hierzu bemerken wir, daß wir mangels direkter Informationen
darauf angewiesen waren, private Mitteilungen, die sich mit
denen, die durch die ganze Presse gingen, decken, zu bewerten.
Technisch war es nicht mehr möglich, weder mit dem Verband noch
mit dem Betriebsrat in Verbindung zu treten. Die Forderungen,
die wir also in unserer Notiz in Nr. 536 wiedergegeben haben, sind
von der Belegschaft der R. A. G. Oberhönne in der ange-
gebenen Höhe gestellt worden, während die Belegschaft der R. A. G.
Hennigsdorf die Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von nur
1000 Mark pro Person verlangt hat. Dies sei hiermit richtig
gestellt.

Das Angebot des Verbandes der Berliner Metallindustriellen
an die Angestellten hat folgenden Inhalt:

1. Die auf das Grundgehalt bezogene tarifliche Teuerungszulage
wird mit Wirkung ab 1. November 1921 von 170 Prozent auf
200 Prozent, die Verheiraten- und Kinderzulage von je 125 M.
auf 200 M. erhöht. 2. Der aus der Erhöhung der Teuerungszulage
von 170 Prozent auf 200 Prozent und aus Erhöhung der Familien-
und Kinderzulage um je 75 M. bestehende Teil des Tarifinkom-
mens wird nicht am Schlusse eines jeden Monats, sondern alle
drei Monate ausgezahlt, und zwar jeweils in der Zeit zwischen
dem 5. und 10. Dezember, am Schlusse des März, Juni und Sep-
tember. Die frühere Auszahlung im Dezember
findet mit Rücksicht auf Weihnachtsanschaffun-
gen statt. Die Zahlung gilt zu je ein Drittel jeweils für den
dem Zahlungstermin vorangehenden und dem zeitlich der Zahlung
laufenden sowie als Vorzahlung für den dem Zahlungstermin folgen-
den Monats. 3. Auf Wochenlöhner (Aa und Ca) des Tarif-
vertrages findet die Bestimmung der Ziffer 2 keine Anwendung,
die Nachzahlung für die Zeit ab 1. November erfolgt zwischen dem
5. und 10. Dezember. 4. Angestellte, die zum Schlusse des Aus-
zahlungsmonats anscheiden, erhalten nur zwei Drittel des sich aus
der Ziffer 2 ergebenden Betrages; Angestellte, die zum Schlusse
des der Zahlung vorangehenden Monats anscheiden, nur ein
Drittel.

Generalversammlung der Buchdrucker

Zur bevorstehenden Tarifausführung im
Buchdruckergewerbe nahmen die Berliner Buchdrucker am
Donnerstag abend in der „Neuen Welt“ Stellung. Gauvorsitzender
Majini ging kurz auf die gestellten Forderungen und Anträge
ein, die sowohl von den Prinzipalen wie von den Gehilfen ein-
gesehen wurden. In der Hauptsache kommt hier die Erhöhung
der Zahlungsansprüche und die Erhöhung der Höhe
des Preistarifs, die anscheinend den Prinzipalen sehr am Herzen
liegen, in Betracht. Die Gehilfenvertreter fordern vor allem die
Kündigung des bis zum 31. Dezember geltenden Lohnab-
kommens und Neuregelung derselben. Unter anderem soll
auch eine Verdoppelung des Maschinenherzu-
schlages vorgenommen werden. Die Entscheidung der
Sonntagsarbeit steht ebenfalls in keinem Verhältnis zum
Ueberstundenzuschlag, weshalb hier eine Regelung gefunden wer-

den muß. Nach einer Würdigung der katastrophalen Vorgänge auf
dem Lebensmittelmarkt, die zu einer gewaltigen Preis-
steigerung auf allen Gebieten führte, schlug er der General-
versammlung vor, 150 Mark für alle Gehilfen von den Arbeit-
gebern zu fordern. Des weiteren gab Majini von einem Ratroge
Kenntnis, den die Vertreter der Groß-Berliner Buch-
druckereien an die Generalversammlung stellten, der folgendes zum
Inhalt hat:

„Die am 15. 11. 1921 tagende Betriebsratkonferenz stellt in An-
betracht der täglich steigenden Teuerung die Forderung auf so-
fortige Auszahlung von 1500 Mark Wirtschaftsbeihilfe für alle
Mitarbeiter und 250 Mark für jedes Kind. Die Forderung
der Wirtschaftsbeihilfe ist als kurz befristetes Minimum zu stellen.
Die Wirtschaftsbeihilfe gilt für das gesamte graphische Ge-
werbe.“

Nach Rücksprache mit den Prinzipalen finden Verhandlungen
darüber wünschenswert erst am Sonnabend statt.

In der Diskussion begründete Fiedler die Forderung einer
Wirtschaftsbeihilfe und erklärte, daß jetzt nicht mehr einzelne Be-
triebe, sondern die ganze Organisation den Kampf für
diese Forderung anzuschreiben hat, um für alle etwas zu er-
reichen. Auch gegen das Sparwesen müsse endlich einmal
Front gemacht werden. Es geht nicht an, daß einzelne „Spezia-
listen“ nur immer für sich etwas herausholen, während die große
Masse leer ausgeht.

Zwei Anträge Mühlberg und Bierath wurden zu einem
vereinigt. Der Antrag fordert in seinen wesentlichen Teilen die
Erzielung des bisherigen Lohnniveaus durch eine gleitende Lohn-
tabelle.

In keinem Schlusssatz befürwortete Majini die Annahme
beider Anträge, da der eine den Tarifausbruch befördert, während
der andere der augenblicklichen Notlage der Belegschaft Rech-
nung trägt. Die Generalversammlung erhob beide Anträge ein-
stimmig zum Beschluß.

In die Lohnkommission wurden die Kollegen Fiedler,
Bierath und Keller gewählt.

In einer zum Montag anberaumten Generalversammlung soll
zu dem Ergebnis der Verhandlungen über die Wirtschaftsbeihilfe
Stellung genommen werden.

AM-Funktionäre der Berliner Gas- und Elektrizitätswerke und
der Hefen! Heute, Freitag, den 18. d. Mts., vormittags 10 Uhr,
findet in der Neuen Welt Harmonie, Köpenicker Straße 94-97, eine
Versammlung der AM-Funktionäre der Städtischen Werke und
Hefen statt. Jeder in diesen Betrieben beschäftigte Funktionär
muß bestimmt anwesend sein. Es soll in dieser Versammlung das
Ergebnis der zur selben Zeit stattfindenden Verhandlungen mit
den Hefen abgemacht und dann sofort über alle weiteren
Maßnahmen Beschluß gefaßt werden. AM-Bund, Ortsrat
Groß-Berlin.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Heute Frei-
tag, den 18. November, abends 7 Uhr, findet im großen Saal des
Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Generalversammlung
statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur Erhöhung der Lokal-
beiträge.

Arbeiterport

Arbeiter-Port (18. Nov.). Von Freitag, den 18. November, abends
7 Uhr, findet die nächste AM-Funktionäre der Städtischen Werke
und Hefen statt. Der nächste wichtige Tagesordnungspunkt ist es unbedingt
wichtig, einen jeden Teilnehmer zu ermahnen.
Arbeiter-Port (18. Nov.). Von Samstag, den 19. November, abends
7 Uhr, in der Halle des Königsplatzes, findet eine öffentliche
Versammlung über Ziele und Zweck des AM-Bundes statt.

Parteiveranstaltungen

2. Bezirk. Die Genossinnen und Genossen, welche über Sozialen, Lebens-
mittel und Arbeitslosigkeit verärgert sind, die für sie nicht mehr in Frage kommen,
werden gebeten, diese unentgeltlich beim Gewerkschaftshaus gegen Zahlung er-
halten. Die Spendenliste stehen zur Verfügung der Gewerkschaftshaus.
12. Bezirk. Alle arbeitenden Genossen müssen sofort ihre Kinder bei ihrem
Arbeitsführer melden, welche Weihnachtsbescherung. Die Bescherungen geben die
Kassen gleich der Genossen Müller, Köpenicker Str. 3, weiter.
Charlottenburg, 7. Abteilung. In der am 2. Weihnachtsfesten im Restaurant
Luzern, Wilmersdorf 1, stattfindenden Weihnachtsbescherung sämtlicher Kinder
der Abteilung werden Geben aller Art von den Gruppenführern und im obigen
Lokal bestens angenommen.

Freitag, 18. November

3. Vermittlungsstelle (Köpenick). Abends 6 Uhr Funktionäre der R. A. G. abends
9 Uhr Besprechung bei Prof. Dr. Schreyer. 19. Samstagabend Genossen
wiltkommen.
2. Bezirk, 3. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlung, Schulze
Köpenicker Straße 48.
2. Bezirk (Berka-Mitte), 2. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlung
in der Halle der Schule Köpenicker Straße, am Gewerkschaftshaus. Versam-
lung aller Genossen ist dringend notwendig.
3. Bezirk (Köpenick), 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Sitzung bei Kraft,
Köpenicker Str. 21. Die Genossen, die an der letzten Landtagung teilgenommen
haben, haben bestimmt zu erscheinen.
14. Bezirk. Abends 7 Uhr Sitzung der Frauenvereine und Kinderhul-
fensvereine bei Köpenick, Köpenicker Str. 20.
Potsdam-Bezirk. Abends 6 Uhr Versammlung im Verein.
Spezial. Die AM-Funktionäreversammlung findet erst am Dienstag nächster Woche
statt. Lokal wird noch bekanntgegeben.

Sonnabend, 19. November

3. Vermittlungsstelle (Köpenick). Abends 6 Uhr Funktionäre der R. A. G. abends
9 Uhr Besprechung bei Prof. Dr. Schreyer. 19. Samstagabend Genossen
wiltkommen.
22. Vermittlungsstelle (Reinickendorf, Teutl). Abends 6 Uhr Funktionäre
konferenz im Schloss der 1. Gemeindebehörde, Reinickendorf, Lindauer Straße,
am Rathaus. Vortrag des Gen. Köpcke über „Gartener“.
7. Bezirk, 1. und 2. Abteilung. Abends 6 Uhr wichtige Abteilungsversammlung bei
Carus, Köpenicker Str.
Bericht der Bildungsausschüsse des 11. Bezirks (1. Vermittlungsstelle) im
großen Saal des Gewerkschaftshaus, Köpenicker Str. 20, abends 8 Uhr (Soal-
öffnung 7 Uhr), unter Vorsitz von Prof. Dr. Schreyer, anstehend Teutl. Kassen
(1 M.) bei sämtlichen Funktionären, in der Arbeiter-Expedition, Köpenicker
Straße 20, ferner bei den Genossen Wenzel, Köpenicker Str. 42 und Köpcke, Hufe-
nstraße 42. Der gesamte Ueberblick über zur Weihnachtsbescherung von Kindern
arbeitender Genossen notwendig. Abends 6 Uhr findet nicht statt.

Bereinskalender

Freitag, 18. November

Verbandsrat, Köpenick, Köpenicker, sowie die in der Arbeitervereine be-
schäftigten Buchbinder. Abends 7 Uhr bei Kraft, Köpenicker Str. 17, Versammlung.
Bericht von den neuen Lohnverhandlungen. Da der Saal um 7 Uhr gedrängt
werden muß, ist pünktliches Erscheinen unbedingt Pflicht. Die Verhandlung.
Zentralverband der Angestellten, Funktionäre des Einzelhandels. Abends
7 Uhr, Köpenicker Neue Welt Harmonie, Köpenicker Str. 94-97. Thema: Resultat
der Lohnverhandlungen.

Sonnabend, 19. November

Freie Lehrervereinigung. Abends 7 Uhr Gedächtnisfeier, Rathaus, Zimmer 21.
Köpenicker. Abends 7 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, Köpenicker Str. 20
(Köpenicker) eine Versammlung aller in den Betriebsbetrieben beschäftigten
Mitarbeiter statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum Vertragsverhältnis und
zur Lohnvermehrung.
Verantwortlich für Vollst. und Anstalten: Des Diebstahl Berlin-Teutl.
brennt: für Kommunalpolitik, Polizei und Gewerkschaftliches: R. Köpcke
Berlin: für den Interzonalen und geistliche Mitteilungen: R. Köpcke
Köpenicker: Charlottenburg - Verlagsverwalter: Arbeitl. u. G. m.
b. H. Berlin - Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H. Berlin G. 2.
Preis: 20 Pf.



Halten Sie fest

an dem, was Sie als gut
erkannt haben. Tausende erfreuen sich immer
wieder an der guten MASSARY-Zigarette.

Massary-Classe 50.8 * Caid 60.8